

Juni 1973

rote hilfe

Hamburg
Frankfurt
Berlin
München

0,80 DM

20



Seit 8. Mai sind über 100 politische Gefangene in einen Hungerstreik getreten. Sie kämpfen gegen Isolierhaft, Folter, Todesstrafe auf Raten.

Es ist notwendig, diesen Kampf auch außerhalb der Gefängnisse zu unterstützen.

FRANKFURT KNASTKAMPAGNE

Seit der Verfolgung der RAF und der Inhaftierung der meisten ihrer Genossen hat sich die Zahl der politischen Gefangenen in den bundesdeutschen Knästen um einiges vergrößert. Wir wissen unter welchen Bedingungen sie gefangen gehalten werden: Isolationshaft, Besuchs- und Postbeschränkung, Beschränkung des Hofgangs, Dauerbeleuchtung in den Zellen, Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen.

Im Januar und Februar 1973 treten die politischen Gefangenen zum **ersten** Mal in einen Hungerstreik, er wird nach fünf- bis sechswöchiger Dauer abgebrochen. Sie traten in den Hungerstreik um auf ihre elenden Haftbedingungen aufmerksam zu machen, und um Solidarisierungsprozesse zwischen ihnen und den anderen Gefangenen zu initiieren, um die Möglichkeit des gemeinsamen Widerstandes, um die Vereinzelung zu durchbrechen.

Die Solidarisierung der Genossen draußen mit dem Kampf der Genossen in den Gefängnissen war schleppend und lustlos. Rationalisiert wurde die fatale Passivität damit, daß man der RAF ohnehin falsche Politik vorwarf so machistisch wie sie gekämpft hätte, würde sie jetzt verhungern - die weitergehende Auseinandersetzung mit der Praxis dieser Genossen wurde so erfolgreich (wieder einmal) umgangen. Dazu kam, daß sie die Konfrontation der RAF mit der Justiz nicht auch als ihr Problem begreifen wollten.

Vor dem Gefängnis:

Frauen von Preungesheim!
Gefangene der Hammelsgasse!

Wir wollen euch informieren über das was zur Zeit in den Knästen der BRD läuft.

Januar/Februar sind viele Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Ihr kennt ja alle den üblichen Terror im Knast, dem man ausgeliefert ist, wenn man den Kettenhunden, den Aufpassern, nicht ständig in den Arsch kriecht. - Die Zelle wird geschlossen d. h. die Isolation durch den Knast überhaupt wird noch barbarischer. Man will uns damit weismachen, daß wenn wir uns wehren, wenn wir noch ein bißchen Mensch bleiben wollen, sie uns total kaputt machen können. Sie vergessen dabei, daß wenn wir uns wehren es für uns die einzige Möglichkeit ist, zu zeigen, daß wir keine funktionierenden Puppen sind, keine elektronisch gesteuerten Hühner, keine Arschkriecher sind. Wer keinen Haß und keine Empörung mehr spürt, den haben sie völlig totgemacht. Denen, die sich noch wehren, wird der Zutritt zu den Gemeinschaftsräumen verweigert. Besuche werden gestrichen, das Essen wird gekürzt.

Die Mitglieder der sogenannten BM-Gruppe sind noch besonderen Foltermethoden ausgesetzt. Sie werden völlig getrennt von ihren Mitgefangenen, dürfen nie an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen. Jeder Versuch mit den anderen zu reden wird streng bestraft. Manchen verbietet man sogar den Besuch ihrer besten Freunde. Von den Zeitungen bleibt für sie oftmals nur der Anzeigenteil übrig.

Dies alles wird von den Schweinen offiziell damit begründet, es bestehe Flucht- oder Befreiungsgefahr.

Das änderte sich mit dem drohenden Verbot einiger Parteien (KPD und KPD/ML). Durch die Kriminalisierung einflussreicher Genossen und die potentielle Kriminalisierung all ihrer Mitglieder, wurde es ihnen möglich, zu verstehen, daß der Kampf der Gefangenen auch ihr Kampf ist. So geschah es, daß zur Unterstützung des zweiten Hungerstreiks gemeinsame Aktionen aller linken Gruppen der wachsenden justiziellen Repression entgegengesetzt werden konnten:

- 8. Mai die Gefangenen treten erneut in Hungerstreik
- 11. Mai das Komitee zur Aufklärung über Gefängnisse - Initiative gegen die Folter gebildet von Anwälten, Journalisten etc tritt in Frankfurt zusammen. Es findet eine überregionale Informationsveranstaltung statt.
- 20. Mai die RK - Frauengruppe zieht vor den Preungesheimer Frauenknast um



Protest gegen „Folter im Knast“

Einen Tag nach ihrer Kundgebung vor der Frauenhaftanstalt in Preungesheim protestierten Rote Hilfe und Frauengruppe am Montag in Frankfurt vor dem Untersuchungsgefängnis Hammelsgasse gegen „Folter im Knast“. Über Lautsprecher, die auf den Zellen trakt gerichtet waren, forderten die Demonstranten erneut die Aufhebung der Isolationshaft, Abschaffung der Briefzensur, drei Stunden Besuchszeit pro Woche und Kontakt jedes Gefangenen mit jedem. Die 15minütige Kundgebung, die ohne Zwischenfälle verlief, steht am Anfang einer Reihe von Aktionen, die sich gegen „Folter und Mord auf Raten“ in deutschen Gefängnissen wendet. In einem Teach-in wollen zahlreiche Gruppen am Dienstag, 19 Uhr, in der Frankfurter Universität darüber diskutieren, „was wir zusammen gegen diese barbarische Haftpraxis von außen machen können“.

Wovon sie nicht sprechen ist ihre Angst davor, daß immer mehr Gefangene ihre Situation im Knast politisch begreifen und sich gemeinsam gegen diese Unmenschlichkeit wehren.

Wir wollen wie Ihr und die Genossen im Hungerstreik dafür kämpfen, daß

- 1. Die Isolationsfolter im Knast aufgehoben wird
- 2. die Bunker abgeschafft werden
- 3. die Briefzensur für alle Gefangene abgeschafft wird
- 4. jede Woche drei Stunden Besuch für alle Gefangenen
- 5. Jeder Gefangene muß jeden Gefangenen auf der Zelle besuchen dürfen!

Das sind die zentralen Forderungen für die wir in der ganzen BRD kämpfen.

Der Hungerstreik damals im Januar ist in die Hosen gegangen, weil wir draußen und ihr drinnen uns nicht genug mit den Genossen solidarisiert haben. Nur deshalb war der

die dort inhaftierten Frauen über den Hungerstreik zu informieren.

- 21. Mai diese Aktion wird vor dem U-Knast Hammelsgasse wiederholt.
- 26. Mai 9000 Demonstranten ziehen vom alten U - Knast Hammelsgasse zum neuen hygienischen Folterknast Preungesheim. Dort nach zweistündigem Marsch angekommen, konfrontieren sie sich friedlich 1000 in Alarmstufe 1 versetzten Bullen. In der Hammelsgasse solidarisierten sich 150 Häftlinge mit einem 24-stündigen Hungerstreik mit den Forderungen.
- 29. Mai konzertierte Aktion an den Gerichten - die Verhandlungen werden unterbrochen, Flugblätter verteilt.
- 1. Juni vor dem Wiesbadener Justizministerium treten Genossen in den Hungerstreik.
- 2. Juni Demonstration in Karlsruhe.
- 4. Juni Begehung des Preungesheimer U - Knastes durch das Komitee gegen die Folter. Es wird dem Komitee klar gemacht, daß die Sichtblenden an den Zellenfenstern, die jeden Ausblick verunmöglichen, aus "statischen Gründen Baus" nicht entfernt werden können.
- 22. Mai das BVG erklärt die generelle Post- und Besuchsbeschränkung, das Verbleiben der Genossen in Isolierhaft für zulässig. Von den Forderungen der Gefangenen ist bisher keine einzige erfüllt worden.

Hungerstreik erfolglos. Aus diesen Fehlern haben wir gelernt. Seit dem 8. Mai sind sie wieder in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Die Schweine wollen ihn damit ersticken, indem sie den Streikenden das Wasser sperren, und das Waschwasser versalzen. Wenn sie vor Durst fast umkommen, wird ihnen ein verlockendes Glas Milch in die Zelle gestellt. Man hat dann so einen wahnsinnigen Durst, daß man es kaum aushält, die Milch nicht zu trinken. Aber man weiß genau, trinkt man die Milch, bekommt man so einen Hunger daß man den Hungerstreik kaum durchhält. All das halten die Gefangenen nur aus, weil sie wissen, daß sie nicht alleine sind. Es sind bereits 100 Gefangene die so gemeinsam gegen die Foltermethoden im Knast kämpfen.

Wir draußen haben uns entschlossen, der Bevölkerung durch Informationsveranstaltungen, durch Demonstrationen, durch Flugblätter und durch diese Aktion unsere Unterstützung zu zeigen.

Nächsten Samstag wird es eine Demonstration geben, um gegen die Eröffnung des Knasts in Preungesheim zu protestieren, um die Gefangenen im Hungerstreik und all diejenigen, die gegen den Knast kämpfen zu unterstützen!

FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN

WIR WOLLEN MENSCHEN SEIN



PRESSEERKLÄRUNG

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zur Aufrechterhaltung der Isolierhaft hat von vorneherein alle möglichen Verfassungsbeschwerden, die die Verfassungswidrigkeit der Einschränkung von Grundrechten in der Isolierhaft betreffen, durch die Legalisierung von Isolierfolter verhindert.

Das Bundesverfassungsgericht, das eigentlich die Aufgabe hat, die im Grundgesetz niedergeschriebenen allgemeinen Menschenrechte zu schützen, widerspricht mit solchen Beschlüssen eindeutig seinem Auftrag. Es ist dadurch keine neutrale Instanz mehr, die die Bürger vor Willkürmaßnahmen des Staates schützt, sondern eine Instanz, die lediglich die Interessen der Strafvollzugsbehörden wahrnimmt. Die weitere Praktizierung von Foltermethoden, die der Erreichung dieses unkontrollierbaren Zweckes dienen sollen, sind dadurch durch das Bundesverfassungsgericht legitimiert worden.

Es steht im Belieben der Anstalt, wenn durch "Einzelmaßnahmen" eine "reale Gefährdung" der "öffentlichen Interessen" nicht hinreichend abgewehrt werden können, jedes Mittel anzuwenden, dieses Ziel zu erreichen. Denn der Gebrauch eines so vagen Begriffes wie "Gefährdung der öffentlichen Interessen" läßt zu, daß der Bereich der Maßnahmen gegen die Gefangenen beliebig ausgedehnt werden kann. Damit könnten z. B. auch Informationen aus den Gefängnissen über Einzelhaft und Praktiken des Strafvollzugs unterdrückt werden, wie sie momentan laufend bei dem "Komitee" eintreffen.

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts hat darüberhinaus die Funktion, die Gefährlichkeit eines Gegners zu propagieren, indem die allgemeine Hysterie angeheizt wird.

In diesem Zusammenhang muß auch die erneuerte Festnahme von Marianne Herzog am 17. Mai in Frankfurt verstanden werden. Wir fragen nach den Gründen für die Aufhebung der Haftverschonung von Marianne Herzog.

Die Tatsache, daß Marianne Herzog die Auflagen des Landgerichts Frankfurt kontinuierlich erfüllte, wird ihr nun zum Vorwurf gemacht. Im Beschluß heißt es dazu: "Ihre Einstellung läßt nur den Schluß zu, daß sie die Auflagen erfüllte, um sich dadurch Vorteile zu verschaffen".

Eine solche Begründung des Oberlandesgerichts Frankfurt kann nur als Demonstration von Willkür und Zynismus verstanden werden.

So wird auch ihre Initiative, sich um die isolierten Inhaftierten zu kümmern, von vorneherein als "Kontaktaufnahme" bezeichnet und als Beweis ihrer "Gesinnungstreue", damit ihrer Gefährlichkeit angeführt.

Genau diese Auslegung steht im Gegensatz zu der richterlichen Genehmigung der Besuchsansprüche von Marianne Herzog. Trotzdem: ohne rechtskräftiges Urteil wird Marianne Herzog durch Beschluß des Oberlandesgerichts Frankfurt für ihre "Gesinnung" bestraft und verurteilt. Das Frankfurter Oberlandesgericht scheint nicht einmal mehr den Versuch zu machen, die ungesetzliche Straffunktion der Untersuchungshaft zu verschleiern.

Wir erkennen darin Parallelen zu dem Schutzhaftgesetz bei den Nazis, wo ebenfalls aus Gründen der "Staatsicherheit" die "Staatsfeinde" in Schutzhaft genommen wurden. (§1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat, vom 28. Februar 1933)

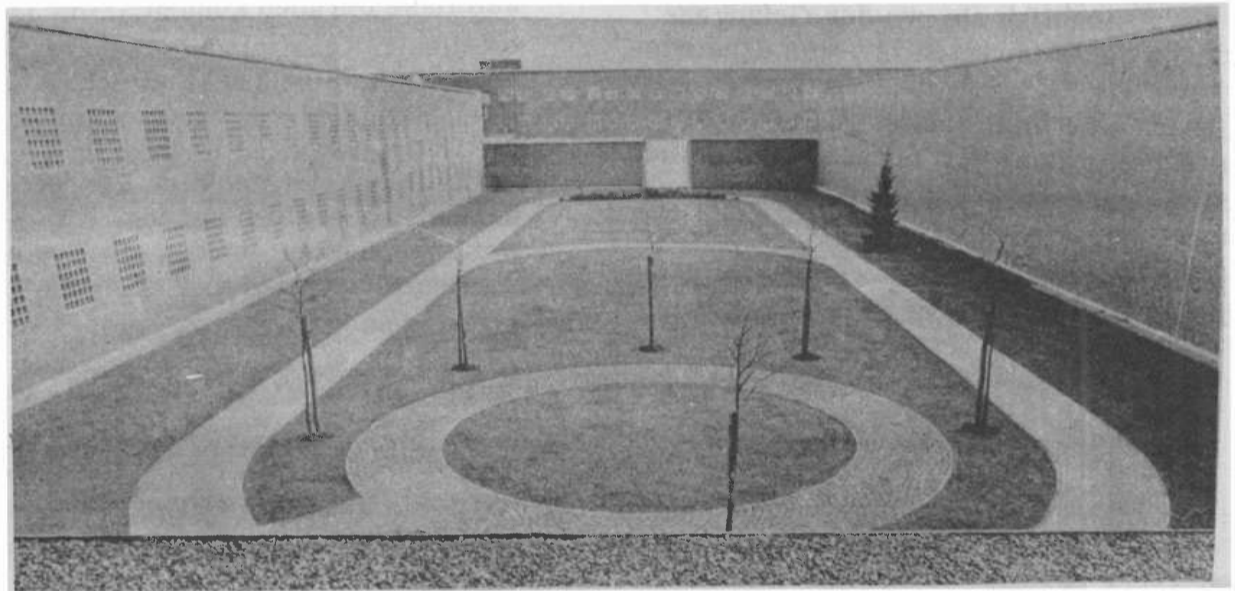
Das Komitee Aufklärung über Gefängnisse - Initiative gegen Folter - fordert daher die weitere Gewährung der Haftverschonung bei Marianne Herzog.

Wir fordern die Aufhebung der Isolierfolter!

Wir appellieren an die Menschenrechtskommission beim Europarat, die Annullierung des Bundesverfassungsgerichtsbeschlusses zu erwirken, damit die elementaren Menschenrechte in den Gefängnissen der BRD nicht weiterhin mit Füßen getreten werden.

Komitee zur Aufklärung über Gefängnisse - Initiative gegen Folter -

Ffm, 18.5.1973



3

schluss mit der folter

Beitrag zur Protestkundgebung vor dem neuen Untersuchungsgefängnis Frankfurt Preungesheim am 26. Mai 1973

Es ist inzwischen salonfähig geworden, in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit von Foltern zu sprechen; von Foltern in Persien, von Foltern in der Türkei, in Brasilien, in Portugal usw. - Foltern, die von Staaten begangen werden, die die Bundesregierung unterstützt. Aber alle diese faschistischen oder reaktionären Staaten bestreiten sowohl die Existenz von politischen Gefangenen wie die Anwendung von Folter. Als die US-Marionette Thieu Bonn besuchte, verwendete sich Bundespräsident Heinemann für die politischen Gefangenen in Südvietnam und empfahl eine schonendere Behandlung. Aber Thieu bestritt, daß es politische Gefangene in Südvietnam gibt: in den Gefängnissen saßen lediglich einige gefährliche kriminelle Elemente.

Ganz genauso verhält sich der bundesrepublikanische Staat. Viel weniger als faschistische Länder kann ein Staat, der sich sozial und liberal nennt, zugeben, daß politische Oppositionelle gefangengesetzt und gefoltert werden. Deshalb werden Demonstranten, Hausbesetzer, Streikende täglich zu Kriminellen gestempelt, deshalb

wurde gestern die RAF und wird heute die KPD kriminalisiert. Deshalb auch muß dieser Staat denjenigen, der die Zustände in deutschen Gefängnissen an die Öffentlichkeit bringt, als Lügner hinstellen.

Wir haben gesagt, daß es in deutschen Haftanstalten Prügelkommandos gibt, die durch Mißhandlung von Inhaftierten Wohlverhalten und Aussagen erzwingen wollen. Die ÖTV hat behauptet, daß wir lügen. Sie wirft uns "grobe Verleumdung und Kollektivdiffamierung der Mitarbeiter des Strafvollzugs" vor. Wir bleiben bei unseren Vorwürfen: in bundesrepublikanischen Haftanstalten werden Gefangene mißhandelt, gefoltert. Die Praxis der totalen Isolation ist Folter, ist kriminell und widerspricht den Menschenrechten.

Um seine Hände in Unschuld zu waschen versucht dieser Staat jetzt, Übergriffe und Gewaltakte, die seit Jahren an Gefangenen verübt werden, aber in der Öffentlichkeit bisher kaum bekannt geworden sind, durch sogenannte unabhängige Kommissionen hinwegzubeweisen. In diesen Kommissionen aber sitzen auch diejenigen, die wir für die Folter verantwortlich machen. Die Justiz gibt zudem fast immer den Mitarbeitern des Strafvollzugs Recht. Ein Gefangener, der von Schlägerkommandos berichtet, steht mit seiner

Aussage fast immer allein. Entweder wird er ohne Zeugen fertiggemacht, oder die Zeugen, die in der Lage wären auszusagen, fürchten ähnliche Repressionen. Die Schläger dagegen haben sich bisher regelmäßig gegenseitig entlastet. Es gibt kaum Fälle, in denen einer dieser Folterknechte verurteilt worden wäre.

Unter Folter verstehen wir nicht nur Elektroschocks, nicht nur Papageienschaukel, nicht nur Daumenschrauben. Wir verstehen darunter auch die totale Isolation innerhalb der Gefängnisse über Monate und Jahre, vervollständigt durch Post- und Besuchsverbote, durch politische Zensur bei Zeitungen und Büchern, das Verbot der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, psychiatrische Zwangsbehandlung und schließlich Sichtblenden. Die Folter der Totalisolation wird heute systematisch gegen politische Gefangene angewandt, aber mehr und mehr auch gegen Häftlinge, die erst durch die Gefängnisbedingungen politisiert wurden.

Die Isolierung der politischen Gefangenen von der Außenwelt und voneinander ist jetzt noch durch einen Beschluß des Bundesverfassungsgerichts abgesichert worden. Damit sind wesentliche Teile der Folter legalisiert.

Mit diesem Beschluß hat sich das BVG, das einst als Wahrer des Grundgesetzes und der Menschenrechte eingesetzt wurde, seines verfassungsmäßigen Auftrags selbst entzogen.

Heinz Brand, der 10 Jahre als Widerstandskämpfer in Nazi-Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbrachte und später in sogenannten sozialistischen Gefängnissen als "Humankommunist" in Isolierhaft saß, erklärt: "Meine Erfahrungen mit Isolierhaft waren schlimmer als Buchenwald und Auschwitz", obwohl in den KZs die Häftlinge ständig von Mißhandlungen bedroht waren, in regelmäßigen Abständen Selektionen durchgeführt wurden und jeder Tag das Ende bringen konnte, aber hier lebten die Gefangenen in Blöcken zusammen, und es gelang ihnen innerhalb des KZ einen illegalen Widerstand zu organisieren, während der Isolierungshäftling von der Allgewalt eines totalen Unterdrückungsmechanismus ausgelöscht, niedergewalzt und in das Gefühl vollkommener Ohnmacht versetzt werden soll.

Totalisolation ist auch die neueste Form der Folter in Brasilien und in Uruguay - eine in den USA entwickelte wissenschaftliche Methode, die keine sichtbaren Spuren hinterläßt. Praktisch erprobt wurde diese neue Zerstörungstechnik von den Agenten des CIA und des AID. In Uruguay kommen die Genossen in das sogenannte weiße Zimmer bei totalem Wasserentzug. Psychologen warten den Augenblick ab, wo der Gefangene kurz vor dem Abkratzen ist, und dann wiederholen sie die Verhöre. Wir wissen von Genossen, die total geistesgestört aus diesen Folterkammern herauskamen. Auch einigen Genossen in der BRD, die seit Monaten und Jahren total isoliert sind, wird jetzt das Wasser entzogen, versalzen oder verlaugt. Das ist nicht nur kriminell, das ist Mord.

Eine neue Variante der Folter, die von portugiesischen Faschisten erprobt wurde, ist der Schlafentzug, der erst zu Halluzinationen und dann ins Delirium führt. Mit Schlafentzug arbeiten auch bundesrepublikanische Haftanstalten: davon können so gut wie alle politischen Gefangenen ein Lied singen.

Hier in Preungesheim wird jetzt ein Gefängnis eröffnet, das die bisher in anderen Haftanstalten vereinzelt erprobte Isolation zum perfekten System macht. Es übertrifft die düstersten Utopien der Nazi-Baumeister. Neu an diesem Knast sind die eingebauten Sichtblenden vor jedem Fenster, neu sind die Beruhigungszellen auf jedem Stockwerk, neu die Käfige in den Aufzügen, neu der Hofgang in luftregulierten Zwischendecks. Dieser Bau braucht keine Folterknechte mehr, die die Zerstörung von Menschen individuell übernehmen. Hier ist die ganze Qual architektonisch institutionalisiert. Sichtblenden und Zwischendecks bedeuten radikalen Entzug optischer und akustischer Signale der Außenwelt, bedeuten radikalen Umweltentzug. Sie machen den Menschen taub und blind. Diese Form von Isolierung ist eine spezifische Form von Folter. Sie ist kriminell.

Justizminister Hempfler schrieb uns, daß unsere Vorwürfe gegen diesen Knast "nur auf einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse beruhen können". Der Staat betrachtet diesen Knast als Fortschritt. Natürlich, von seinem Standpunkt aus ist er das auch. Herr Hempfler verweist weiter darauf, daß die Kübel der alten Knäste, in die man scheißt, in die man kotzt und die -Essensreste kippt, durch Klos ersetzt werden. Unter hygienischen Gesichtspunkten ist das ein Fortschritt. In diesem Knast wird er Gefangene hygienisch fertig gemacht.

Diesen Knast, der für sogenannte Kriminelle bestimmt ist, haben wirkliche Kriminelle erbaut - eine Foltermaschine in Hochhausformat. Hier kann die heute an den politischen Gefangenen praktizierte Folter systematisch auf alle Gefangenen ausgedehnt werden.

Aus Protest gegen die Isolationsfolter befinden sich seit dem 8. Mai zahlreiche Gefangene in einem Hungerstreik. Heute sind 150 Gefangene der Hammels-gasse aus Solidarität mit den politischen Gefangenen in einen befristeten Hungerstreik getreten. Sie haben folgende Erklärung abgegeben:

"Die Insassen der

Folterkammer

Hammelsgasse treten am 26. Mai 1973 für 24 Stunden in den Hungerstreik! Dies soll ein Zeichen sein, daß wir unsere Freunde draußen verstanden und einen Prozeß der Solidarisierung eingeleitet haben.

Wir protestieren

gegen die Isolierung politischer Gefangener, gegen die Diskriminierung ausländischer Gefangener

gegen die mittelalterlichen Zustände in den Anstalten,

gegen die Verschleppung unsere Verfahren,

gegen Hempflers Folterkammer in Preungesheim.

Wir verlangen

Mehr und längere Besuche unserer Angehörigen und Freunde.

bessere ärztliche Betreuung,

Abschaffung der permanenten Isolierung,

den Stopp des Abbaus der Vergünstigungen, bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, psychologische Betreuung durch Fachkräfte,

Mitbestimmung und Mitverantwortung,

Entfernung der Blenden.

Der derzeitige Straf- und U-vollzug produziert psychische und physische Krüppel und schadet somit der gesamten Gesellschaft.

Wir wollen einen Vollzug, der keine

Leichen produziert!"

4



Gerichtsaktion in Frankfurt

1972: Gericht in Houston verurteilt 19 jährigen Schwarzen wegen Vergewaltigung einer Weißen zu 1000 (tausend) Jahren Knast. Urteilsberatung der 10 Geschworenen: 15 Minuten.

(aus: Roter Kalender 1973)

Es ist sinnlos, Verbesserungen im Knast, Hafterleichterungen durchsetzen zu wollen, ohne gleichzeitig gegen die Bullen und die Gerichte zu kämpfen. Der Kampf gegen die Bullen reduziert sich meist auf die direkte Konfrontation während Straßenschlachten. Der Kampf in den Gerichten hatte bis jetzt die Form, Genossen, die vom System auf grund ihrer revolutionären Tätigkeit abgeurteilt werden sollten, mehr oder minder aktiv während der Verhandlung zu unterstützen. Hier gelang es ab und zu das Gericht zum Tribunal zu machen: nicht der Staatsanwalt, die Genossen, die zur Verurteilung vorgeführt wurden, klagten an. So wurde z. B. in Frankfurt der "Fall" des Genossen S. zum Fall seines Richters, Amtsrichter Schwalbe, einem vorbildlichen Bluthund. Um den Genossen in seinem Prozeß zu unterstützen, wurden Informationen über seinen Richter gesammelt, auf Flugblätter gedruckt und in der Stadt verteilt.

Es geht darum, die Ebenen auf denen gekämpft

wird auszudehnen. Das kann heißen: Jeder Prozeß, der in diesen Gerichten abläuft, ist ein politischer Prozeß. Politisch, weil jedes Urteil, das dort im Namen des Volkes gefällt wird, ein Urteil der Herrschenden gegen das Volk ist. Gefällt von Angehörigen der herrschenden Klasse, die nicht wissen und nicht wissen wollen und dürfen, wohin die von ihnen Verurteilten geschleppt werden. Kein Richter kennt einen Knast von innen. Der Richter tut das Maul auf und die schmutzige Arbeit verrichten die Büttel.

Am 29. Mai entschieden sich Gruppen von Genossen in Verhandlungen des Frankfurter Gerichts hineinzugehen. Dort, zunächst den Prozeßablauf nicht zu stören, aber nach einer bestimmten, vorher vereinbarten Zeit gleichzeitig in den verschiedenen Verhandlungen eine Resolution zu verlesen:



Zur Verurteilung waren angetreten ein junger aufmüppiger Angeklagter, sein dummer Pflichtverteidiger, eine Tante vom Jugendamt, der soignierte Gutachter, eine Votze von Staatsanwältin, ihren Penisneid mit silbergrauer Krawatte und Talar kompezierend - keine Hure ist so sehr Prostituierte wie so eine - das Maul so blutig, als wollte sie eigentlich berechtigterweise die Todesstrafe beantragen (es ging angeblich um Mord und Mordversuch), die Hausfrauenschöffin frisch vom Friseur, der Schöffe in bayrischem Lodenanzug, bodenständig, 2 infantile beisitzende Richter und die Kron der Schöpfung: Vorsitzender Richter Landsgerichtsdirektor Arnold Schmidt 6 Frankfurt am Main Hofgartenweg 37 Tel. 0611/472104

Der Mordprozeß Albrecht und drei weitere Gerichtsverhandlungen wurden am Dienstag durch Demonstrationen gegen den sogenannten „Knast-Terror der bürgerlichen Justiz“ und zugunsten der angeblich im Hungerstreik befindlichen politischen Untersuchungsgefangenen unterbrochen.

Wie auch in den anderen Sälen wurde vor der Jugendstrafkammer die Ruhe schnell wiederhergestellt, als der Vorsitzende den Flugblattverteilern und Sprechchordeklamanten mit der Verhängung sofort vollstreckbarer Gefängnisstrafen drohte, die den Knastgegnern Gelegenheit verschafft hätten, sich bis zu drei Tage lang an jenem Hungerstreik zu beteiligen, von dem die Anstaltsleiter, wie sie schon

wiederholt versicherten, bislang nicht bemerkten.

Offenbar sind nicht alle Anti-Knastdemonstranten unbedingt gegen die Verwendung von Gefängnissen. In dem Saal klang der Sprecher: „Schickt den Staatsanwalt - In Haftanstalt!“ Ein Flugblatt erwähnte bedauerliche, aber jedem Richter kannte Tatsache, daß Angehörige der benachteiligten Schichten häufiger dem Gesetz in Konflikt kommen gesellschaftlich privilegierte. Den Intellektuellen scheint die Kenntnis neu. Haben sie etwa ihr für die sozial Schwächeren erst deckt, seit auch Angehörige ihrer Klasse in den Bunker müssen?

aus eigener Erfahrung

Vorab möchte ich eine Mitteilung machen: Heute um 7 Uhr brachte der Hessische Rundfunk die Nachricht, daß in Berlin eine Rechtsanwältin, die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe verteidigt, aus der SPD ausgeschlossen wurde, weil sie diese Häftlinge als Genossen bezeichnet hatte. Als SPD-Mitglied - und Delegierter - stelle ich fest, daß gerade nach alledem, was wir soeben im Zusammenhang mit der neu in Betrieb genommenen U-Haftanstalt Frankfurt-Preungesheim über die Strafvollzugspraxis erfahren haben, nichts notwendiger ist, als Solidarität zu beweisen: Solidarität mit den Mißhandelten - und zwar unabhängig davon, welcher politischen Richtung sie angehören, ja sogar ohne zu fragen, ob sie überhaupt politische Häftlinge sind.

Aus eigener Erfahrung - über die ich gleich noch etwas sagen werde - bin ich überzeugt, daß die Isolierungshaft einen schweren, ja kriminellen Obergriff auf die Rechte und die Person des Gefangenen darstellt, ganz gleich gegen wen sie angewendet wird. Eine Mißhandlung des Strafgefangenen ist kriminell - sie ist grundgesetzwidrig und verstößt gegen die Menschenrechte. Ich selbst bin in Isolierungshaft gesessen, ich war sogar "Gefangener des Jahres" von "Amnesty International", und ich möchte hier öffentlich erklären, daß ich bereit bin und mich zur Verfügung stelle, isoliert gehaltene Häftlinge zu besuchen; und zwar nicht nur die sogenannten "Prominenten", sondern die unbekannteren, namenlosen Isolierten. Denn wer setzt sich für deren Rechte ein?

Ich möchte nicht falsch verstanden werden - ich halte es für eine entsetzliche und inhumane Tatsache, wie durch die Anwendung der Isolierungshaft gegen politische Gefangene auch die Besuchserlaubnis und der Kontakt zur Mitwelt gerade jener Häftlinge beschnitten wird, deren Fälle Schlagzeilen machen. Noch wichtiger aber erscheint mir, daß jedem Gefangenen das Recht auf solche Kontakte zugestanden werden muß, und daß wir uns dafür einsetzen, dieses Recht zu verwirklichen. Jeder sollte sich zur Verfügung stellen, Besuche machen, damit Kontakte zu den hinter Gefängnismauern isolierten Menschen hergestellt - und durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit auf die Aufhebung der Isolierung hinwirken.

Denn Isolierung, die radikale Isolierung, wie sie hier angewandt wird, ist antihuman: es ist wissenschaftlich belegt, daß sie die Existenzgrundlage des Menschen als Zoon Politikon, als gesellschaftsbezogenes Wesen verletzt. Wie alle Menschen ist auch der Gefangene lebensnotwendig auf die Kommunikation mit anderen und auf die Signalverbindung mit der Umwelt angewiesen.

Wir wir hier erfahren, gibt es in jedem Gefängnis eine "Glocke", die den renitenten Isolierungshäftling erwartet. Aber was ist renitent? Es ist ein Teufelskreis mit eingebauter Eskalation, denn selbstverständlich antwortet der Mensch - das ist nur menschlich - auf Entzug der Kommunikation mit einem aufgestauten Bedürfnis nach Kommunikation, und



dieser Stau treibt ihn dazu, sich Gehör zu verschaffen, auch auf die Gefahr einer zusätzlichen Bestrafung. Und ich habe mir sagen lassen, daß dieses fabelhafte neue Gefängnis in Preungesheim noch einen weiteren Fortschritt aufweist: dort gibt es nicht nur eine Glocke, sondern auf jeder Etage, in jedem Trakt gibt es solche Zellen, in denen der Widerstand des Isolierungshäftlings, sein humanes Aufbegehren gegen seine Käfigsituation als renitentes Verhalten ausgelegt wird.

Darüberhinaus wurden in Preungesheim alle Zellenfenster mit Sichtblenden versehen, die eine vollkommene optische und akustische Isolierung von der Umwelt bewirken. Das ist kriminell, und ich bin der Meinung, wir sollten alles tun, damit ein solches Gebäude erst gar nicht eingerichtet, nicht in Betrieb genommen werden kann.

Ich spreche ungern von meiner eigenen Person, Genossen, aber ich möchte mich bemühen, das, was ich in der KZ-Haft und dann später in Isolierungshaft - übrigens nicht in der Bundesrepublik, sondern in der DDR - erlebte, möglichst objektiv zu werten: Die KZ-Haft war in meinem Fall zwar keine unmittelbare Ausrottungshaft, sonst könnte ich ja nicht hier zu sprechen, aber sie war bestimmt kein Kuraufenthalt. Und trotzdem behauptete ich, daß die Isolierungshaft, wie ich sie dann erlebte, schlimmer, gefährlicher, zermürbender und in all ihren Auswirkungen auf Körper und Geist des Menschen zerstörerischer ist, als es damals für mich und viele meiner Genossen und Widerstandskämpfer das KZ war. Ihre

Auswirkungen auf den Menschen ist deshalb so grauenvoll, weil sie die wichtigste Vorbedingung seiner Existenz, seine Eigenschaft als gesellschaftliches Wesen vernichtet. Ein System der Strafverfolgung, das dies einkalkuliert, müssen wir als unmenschliches System charakterisieren, auch wenn dafür rationale Begründungen, wie etwa das Sicherheitsbedürfnis usw., vorgebracht werden.

In Wirklichkeit geht es um etwas anderes: Es geht - und dies ist Absicht

- um den beim Gefangenen hergestellten Mitteilungsstau, der sich dann gegenüber dem Spitzel oder dem Vernehmenden entladen soll. Stellt es euch nicht zu leicht vor, Genossen, was es heißt, wochen- und monatelang völlig von anderen Menschen isoliert zu sein. Der Stau, das Verlangen nach Äußerung und Mitteilung, das unter solchen Bedingungen entsteht, kann einen Menschen, der nicht sehr stark, nicht sehr konzentriert, nicht ein 'gelernter' Häftling ist, tatsächlich überschwemmen. Er spricht dann und weiß gar nicht, was er spricht, denn er muß einfach sprechen. Das ist es, was wir politisch 'singen' nennen - sei es gegenüber dem Mithäftling, der ein Spitzel sein kann, sei es gegenüber dem Vernehmenden. Zweck und Absicht der Isolierungshaft ist es ja, dem Gefangenen jede Kommunikationsmöglichkeit, jedes Gefühl der menschlichen Zusammengehörigkeit zu rauben und in ihm das Gefühl der völligen Ohnmacht zu erzeugen. Die mit Panzerstahl und Betonmauern bewehrte Maschinerie des Gefängnisses rasselt über das Individuum hinweg und zermalmt seine Persönlichkeit. Es ist die Ohnmacht gegenüber der Staatsgewalt, zum Gefängnisbüttel gewordene Kapitalinteresse; das Individuum, das sich auflehnt, wird erdrückt und vernichtet. Darum ist es so wichtig, Genossen, daß dieser Einzelne, Vereinzelte, durch welche Signale und Kontakte auch immer, von außen erfährt, daß er nicht allein dasteht, daß es die Möglichkeit gibt, all diese barbarischen Methoden der Unterwerfung an der Solidarität scheitern und als Bumerang auf die zurückfallen zu lassen, die ein solches System handhaben.

Wir müssen also die Kommunikation erzwingen, Kommunikation innerhalb und außerhalb der Mauern, und zwar Kommunikation als Menschenrecht und Naturrecht. Und wir müssen das Recht auf humane Kommunikation zum selbstverständlichen Ziel unseres Kampfes für den Sozialismus machen, denn die Humanität ist das Grundelement des Sozialismus - und dies sollten wir nie vergessen.

(nach Tonbandaufnahme redigierte Rede)

ISOLATION

sensorische Deprivation als Foltermethode

6

Beitrag des holländischen Facharztes für Psychiatrie Dr. J.P. Teuns bei der öffentlichen Diskussionsveranstaltung des KOMITEES KAMPF DER FOLTER am 11. März 1973 in Frankfurt am Main

Isolation wird in der Allgemeinmedizin angewandt sowohl in der Prävention, z.B. bei Infektionskrankheiten wie Tuberkulose oder Pocken, als auch zur Unterstützung von Genesungsprozessen, z.B. bei der kurzfristigen Isolation nach einem schweren Unfall oder einer komplizierten Operation. Sie wird in diesen Fällen stets betrachtet als notwendiges Übel von möglichst kurzer Dauer, und moderne Techniken werden in zunehmendem Maße eingesetzt, um dem Patienten zu helfen, das Krankenhaus oder die Quarantänestation auf schnellstem Wege zu verlassen.

Nicht so in der Psychiatrie und bei der Justiz. Es fällt auf, welche Vielzahl von Methoden die Wissenschaft, die man Psychiatrie nennt, entwickelt hat, um Menschen in verschiedenen Bereichen ihrer Existenz zu isolieren. So ist das Verbot oder die Zensur des brieflichen Verkehrs und des Lesestoffs eine normale Erscheinung, die Beschränkung oder das Verbot von Besuch allgemein üblich in psychiatrischen Krankenhäusern. Schlaf- und Insulin-Kuren sind künstliche Methoden, um Menschen längerfristig zu isolieren, unter dem Vorwand, sie zu "beruhigen"; aber häufig werden die Patienten dabei so konditioniert, daß sie ihre Isolierung nicht mehr verlassen wollen, weil das Vakuum, in das sie zurückkehren sollen, ihnen nun bewusst zu unerträglich erscheint. Und jede psychiatrische Abteilung hat ihre Isolierzellen. Der Elektroschock ist eine kurze, aber sehr intensive Form von Isolation, ähnlich der des epileptischen Insults. Diejenige Branche der Psychiatrie, die sich mit der körperlichen Behandlung von Patienten beschäftigt, beschäftigt sich hauptsächlich mit der wissenschaftlichen Erforschung immer perfekterer Isolationsmethoden. In der Psychiatrie wird denn auch Heilung immer identischer mit der Unterdrückung menschlichen Handelns.

In der Justiz werden - in dem Maße wie die Todesstrafe und körperliche Züchtigung in den Hintergrund treten - alle Formen von Isolation gebraucht als Prävention, als Untersuchungsmethoden und als Strafe. Diese Zwecke überschneiden einander. Strafe dient der speziellen und generellen Vorbeugung, soll einschüchtern, Angst und Schrecken einjagen und verbreiten; Angst und Schrecken wiederum dienen der Erzwingung von Geständnissen, oder auch nur der Erzwingung eines konventionellen Rollenverhaltens in der Gerichtsverhandlung. Unter dem Vorwand von Untersuchung und Verhör werden in zunehmendem Maße Menschen in die Isolation gebracht, die dazu führen kann, daß sie aufgrund einer drastischen Einschränkung ihrer sinnlichen Wahrnehmungsmöglichkeiten ihre selbständige Denkfähigkeit einbüßen. Die Vergewaltigung der unmittelbaren Umgebung des Gefangenen erfolgt auf eine äußerst subtile und perfektionierte Weise, die wissenschaftlich gründlich untersucht worden ist.

Im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht der Begriff der sensorischen Deprivation, den ich nun mit einigen allgemeinen Bemerkungen erläutern möchte.

Unter sensorischer Deprivation verstehen wir eine drastische Einschränkung (Deprivation) der sinnlichen Wahrnehmung (des Sensoriums), durch die der Mensch sich in seiner Umgebung orientiert, also Isolation von der Umwelt durch Aushungern der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tast-Organen.

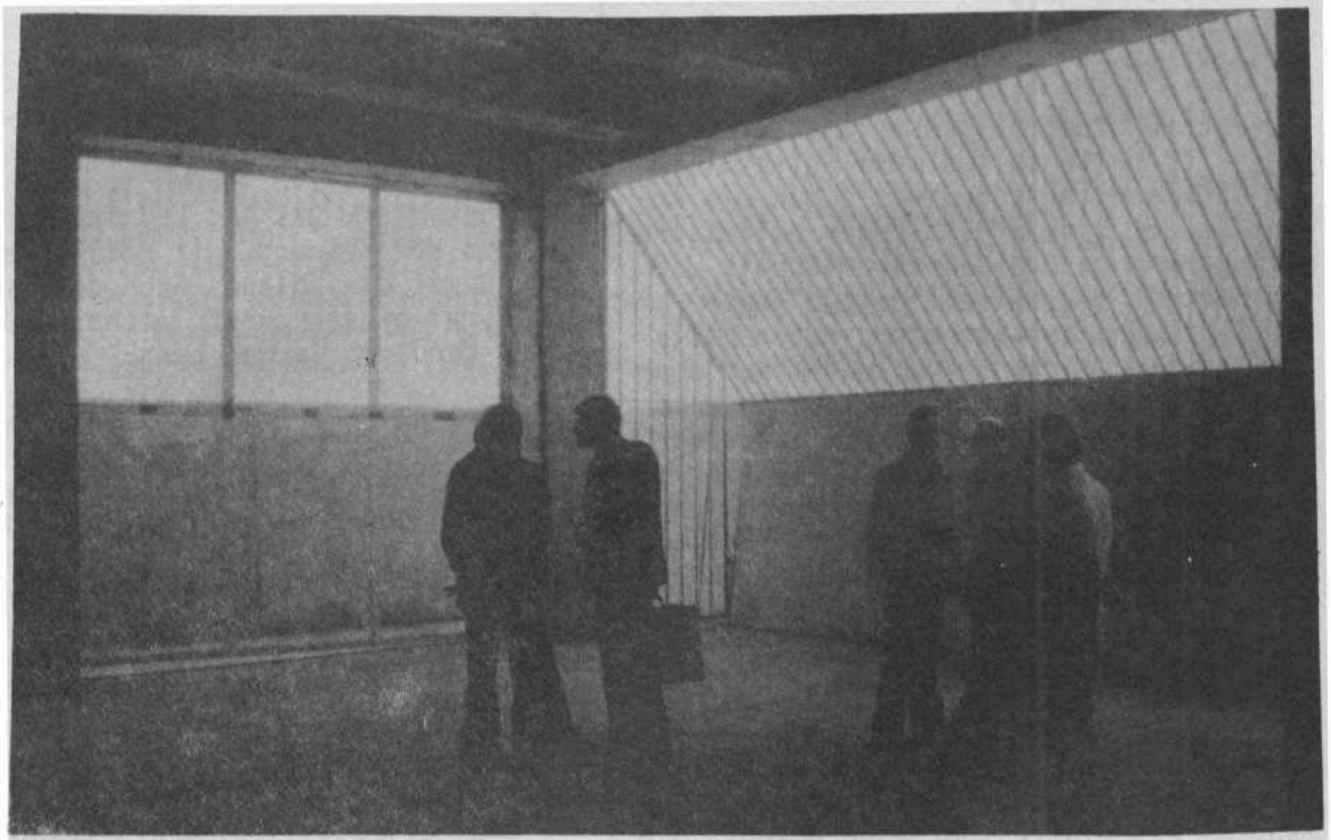
Die menschlichen Sinnesorgane nehmen in erster Linie Veränderungen in der Umwelt wahr. Ihre Nahrung besteht aus einer ständigen Aufeinanderfolge von Veränderungen. Das Erkennen, Registrieren und Weitergeben von Umweltveränderungen an das Gehirn ist die physiologische Funktion unserer Sinnesorgane im Wachzustand. Im Schlaf hingegen müssen die Sinnesindrücke viel intensiver sein, um von den ruhenden Wahrnehmungsorganen registriert und verarbeitet werden zu können, womit aber stets auch eine Überstrapazierung des Sensoriums verbunden ist.

Menschliche Lebensfunktionen im Sinne der Selbststeuerung und Entwicklung des menschlichen Organismus in seiner jeweiligen Umwelt werden in erster Linie von der sinnlichen Wahrnehmung dieser veränderlichen Umgebung gespeist.

Durch die Lahmlegung der motorischen Funktionen wurde hier - nach klassischen Vorbildern - erreicht, was durch die Ausschaltung sensorischer Funktionen, die ja stets Quelle und Grundlage aktiver (motorischer) Umweltveränderungen sind durch sensorische Deprivation gründlich und subtiler zuwege gebracht werden kann.

Andererseits werden die ihrer Nahrung beraubten, deprivierten Sinnesorgane besonders empfindlich gegenüber auch geringfügigen Veränderungen in der Umwelt und gegen diese als überproportionale Signale an das Gehirn weiter. Das kann sich äußern in unverhältnismäßigen Reaktionen der Angst oder der Freude oder der Wut. Jedenfalls führt die künstlich herbeigeführte Desorientierung des Individuums durch sensorische Deprivation nach kürzerer oder längerer Zeit mit Sicherheit zu unverhältnismäßigen Reaktionen auf Umweltreize.

Es wäre aber verfehlt, aus derartigen Reaktionen auf so etwas wie den "Kern einer Persönlichkeit", der im Zustand der sensorischen Deprivation freiliegen soll, zu schließen, denn solche Reaktionen sind nachweislich eindeutig das Ergebnis einer Persönlichkeitsdeformation durch sensorische Deprivation.



Die Herstellung und Aufrechterhaltung einer künstlichen Umgebung, die sich einerseits durch ihre Dauer und Unveränderlichkeit und andererseits durch willkürlich dosierte Reize - auch im Schlaf - auszeichnet, legt im Lauf der Zeit die Sinnesorgane lahm und führt zu einer Desintegration und extremen Desorientierung des so isolierten Individuums. So wie etwa lang andauernde, erzwungene Bewegungslosigkeit zu einer Erschlaffung der Muskulatur, zu Gelenkversteifungen und Knochenverformungen führen kann. Wir haben das in jüngster Zeit in Bildern und Berichten von Gefangenen aus den südvietnamesischen Tigerkäfigen gesehen.

Während gewöhnlich Umweltreize als Teile eines kontinuierlichen Flusses von Umweltveränderungen wahrgenommen, erfahren und in einen systematischen Zusammenhang eingegliedert und verarbeitet werden können, ist dies in der durch sensorische Deprivation herbeigeführten Persönlichkeitsverfassung nicht mehr möglich. Diese Situation ist nur vergleichbar mit den Reaktionen des unvorbereiteten Individuums auf gewaltsame Übergriffe des Staatsapparats, auch Kriegshandlungen, die sich ja gerade durch ihren völlig chaotischen Ablauf auszeichnen, der dem unvorbereiteten Menschen eine sinnvolle Orientierung in einer total von der Willkür Anderer bestimmten Umwelt unmöglich macht.

Der gesteigerten und deformierten Sensibilität für jede geringfügige Umweltveränderung, gepaart mit einem stark herabgesetzten Unterscheidungsvermögen für Qualitätsunterschiede in diesen Umweltveränderungen entspricht eine überintensive Beschäftigung mit der eigenen Individualität. Als weitergehende Effekte sensorischer Deprivation können Halluzinationen, auch und gerade autoskopische Symptome, ebenso auftreten wie Störungen der vegetativen körperlichen Funktionen.

Das alles sind Anzeichen der mit der sensorischen Deprivation einhergehenden fortschreitenden Desorientierung des Individuums in seiner künstlichen, total fremdbestimmten Umgebung.

Im Zusammenwirken von fortschreitender Desorientierung, halluzinatorischen Tendenzen und Störungen vegetativer körperlicher Funktionen (Verstärkung des Hunger- und Durstgefühls, des Schlafbedürfnisses, des Urindrangs usw.) äußert sich die Zerstörung der Identität des Individuums, das der sensorischen Deprivation ausgesetzt ist.

Der menschliche Organismus ist der künstlich durch Menschen herbeigeführten sensorischen Deprivation nicht gewachsen.

In der Natur ist höchstens die Situation eines in der Wüste verirrtten Menschen, der Fata-Morgana-Erscheinungen halluziniert, mit der Situation des total sensorisch Deprivierten vergleichbar. Aber in der Wüste finden zumindest noch die naturgesetzlich ablaufenden Veränderungen von Tag und Nacht mit ihren wahrnehmbaren und voraussehbaren Licht- und Temperaturschwankungen statt, die der Verirrte mit seinen Sinnesorganen registriert und auf die er sich einstellen kann und muß. Derartige Orientierungshilfen fehlen dem künstlich und gewaltsam sensorisch Deprivierten völlig. Vielmehr ist er einem für ihn undurchschaubaren und aus seiner Situation heraus unveränderlichen Witterungsregime ausgesetzt, das selbst die Naturgesetze des Wechsels von Tag und Nacht, warm und kalt, Geräusch und Stille außer Kraft zu setzen scheint. Vor allem eine fast totale Geräuschisolation, höchstens unterbrochen durch gelegentliche seltene Schall-Eruptionen, hat hier wohl eine Schlüssel-funktion: Veränderungen oder eine Strukturierung des Geräuschpegels sind in der Natur entweder Indizien für den Ablauf von Wettergeschehnissen (Wind, Regen, Donner usw.), oder aber für die Anwesenheit anderer Lebewesen. Gerade das Letztere ist für den Menschen als soziales Lebewesen der erste und letzte Anker oder Strohalm, in dem sich seine Verbindung und sein Zusammenhang mit seiner sozialen Umwelt äußert. Nicht umsonst ist die Sprache - und die Musik - als akustisches Kommunikationsmittel die älteste und am weitesten entwickelte Form des Informationsaustauschs der Menschen untereinander. Menschliches Zusammenleben, menschliche Zusammenarbeit und akustische Kommunikation sind weder historisch noch technisch voneinander zu trennen. Das gilt sowohl in bezug auf die Menschheitsgeschichte wie bezüglich der individuellen Entwicklung des Menschen von Geburt an. Das vollständige vitale Funktionieren des Organismus eines Neugeborenen äußert sich für seine Umwelt zu allererst akustisch: das Baby schreit. Und Eltern oder Arzt oder Hebamme nehmen das neue Leben unmittelbar akustisch wahr. Nicht zu vergessen, daß das Hören - auch anatomisch - eng verbunden ist mit dem Schweregewichtsgefühl - einer äußerst wichtigen Grundlage der Orientierung -, und daß eine Beeinträchtigung des Orientierungsvermögens bezüglich der Schwerkraft eines der Hauptsymptome sowohl des epileptischen Anfalls als auch des akuten Elektroschocks ist.

7



Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sensorische Deprivation durch das Versetzen Einzelner in eine total künstliche, gleichbleibende Umgebung wohl das zur Zeit geeignetste Mittel zur Zerstörung spezifisch menschlicher Vitalsubstanz ist. Durch Aushungerung im herkömmlichen Sinn kann man ebenso wie durch Erschießen oder Vergasen sowohl menschliches wie tierisches Leben vernichten. Sensorische Deprivation hingegen ist eine speziell auf den menschlichen Organismus zugeschnittene Methode der Zerstörung von Lebenssubstanz - wenn man von den neuzeitlichen Methoden der Mästung von Schlachtvieh einmal absieht.

Sensorische Deprivation ist - weil sie nur unter von Menschen arbeitsteilig produzierten Bedingungen durchgeführt werden kann - zugleich die menschlichste und unmenschlichste Methode der verzögerten Auslöschung von Leben. Sie ist - über Monate und Jahre angewendet - der sprichwörtlich "perfekte Mord", für den keiner - oder alle, außer den Opfern - verantwortlich sind.

Verantwortlich sind wir, die wir hier versammelt sind, ob wir in unserer täglichen Praxis Psychiatrie, Psychologie oder Juristerei ausüben, oder ob wir im Dienst der Obrigkeit Wissenschaft an Universitäten und dergleichen betreiben, ebenso wie die Staats-Psychiater, Staatsanwälte, Richter, Polizisten usw., mit dem Unterschied, daß wir in der Absicht hier zusammenkommen, um unsere Kenntnisse und Fähigkeiten, die wir auf Kosten des produktiv arbeitenden Teils der Bevölkerung erlangt haben, für die Abschaffung der Isolation von Patienten und Strafgefangenen einzusetzen.

Diese Verantwortung auf sich nehmen, heißt nicht nur diejenigen anklagen, zu deren täglicher Routine die Bedienung der Schalthebel des Gewaltapparats gehört, die die sensorische Deprivation der isolierten Gefangenen immer wieder aufs Neue produziert, mit jedem Gerichtsbeschuß, mit jeder Amtshandlung eines Bewachters oder Gefängnisarztes usw. Diese Verantwortung auf sich nehmen heißt auch, zu enthüllen, welche Forschungen an wissenschaftlichen Instituten betrieben werden, die in der Technik dazu benutzt werden, die Isolation von Patienten und Gefangenen zu perfektionieren. Nicht der Kapo, der die Köpfe des vorfabrizierten Folterinstruments bedient, ist der Hauptschuldige im neuzeitlichen Foltersystem, sondern diejenigen, die in Kenntnis der Zusammenhänge Grundlagenforschung betreiben, aus der die Methodik des Systems entwickelt wird und hervorgeht.

Die rein wissenschaftliche Erforschung der Auswirkungen der sensorischen Deprivation wurde erst vor etwa 20 Jahren systematisch in Angriff genommen. Wie so häufig, wurden Forschungs- und Experimentiermethoden entwickelt aus intuitiv gewonnenen Erkenntnissen, die bereits lange zuvor angewandt worden waren. Vorläufer der Isolierzellen, in denen sensorische Deprivation durchgeführt wird, sind nicht nur die Tigerkäfige, die Isolierabteilungen psychiatrischer Krankenhäuser, Gefängnisse und Konzentrationslager, sondern schon viel früher die Felsenhöhlen und Kellerräume, in denen Menschen eingemauert wurden, die sogenannten "oubliettes". Und aus dem vorigen Jahrhundert stammt ein reiches Arsenal von Zellen-Einrichtungen, auf dem unser heutiges Gefängniswesen noch immer aufbaut. In diesen Zellen-Gefängnissen gibt es gewöhnlich einige Zellen, die vom übrigen Gebäude völlig getrennt sind und in denen besondere Gefangene bewacht werden. Die Indikation für eine solche Sonderbehandlung in einer dieser Zellen, die in Holland "Dovencel" (etwa: Dampfkessel) heißt, wird meist nicht durch Gerichtsbeschuß festgestellt, sondern dem Gefängnispersonal überlassen. So habe ich einen sechszehnjährigen Jungen erlebt, der eines Verbrechens beschuldigt wurde und der, als ich ihn kennenlernte, seit seinem 11. Lebensjahr in einer vollständig isolierten Zelle einer staatlichen Erziehungsanstalt eingesperrt gewesen war. Jahrelang waren weder Sonnenlicht noch Außengeräusche zu ihm gedrungen. Kontakt hatte er nur mit seinen Bewachern. Kunstlicht erhielt er nur, wenn und solange es ihnen gefiel. Geräusche drangen selbst dann nicht zu ihm durch, wenn man seine Zellentür abschloß - dafür lag die Zelle zu tief unter der Erdoberfläche und war für die damalige Zeit sehr gut gebaut. Als ich ihn kennenlernte, war der Junge durch diese abnormale Umgebung schwer deformiert.

In derartigen Zellen wurden zu Beginn der fünfziger Jahre Beobachtungen angestellt und Versuche durchgeführt mit Menschen in Absonderungssituationen. Gegen Ende der fünfziger Jahre wurden für diese Zwecke besondere Experimentier-Zellen gebaut, vor allem in den USA und in Kanada, die sogenannten "silent rooms" (Heron, Bexton, Scott, Salomons und viele andere). Viel später erst wurden derartige Forschungen auch in Deutschland aufgenommen. Aber die am meisten perfektionierte "stille Zelle" befindet sich momentan in diesem Land - im "Laboratorium für klinische Verhaltensforschung" an der Universität Hamburg! Hier werden nicht nur die körperlichen Reaktionen von Versuchs-

personen beobachtet und gemessen, sondern auch psychologische Testmaßstäbe ge-
eicht an Versuchspersonen, die sich für
einige Zeit in die "camera silente" be-
gehen.

Aufgrund solcher Untersuchungen klassi-
fiziert man die Reaktionen von Menschen
in verschiedenen Kategorien. Immer wie-
der zeigt sich dann, daß unter dem in-
tensiven oder lang andauernden Druck
der sensorischen Deprivation neben Angst
und panischen Reaktionen meistens fol-
gende konstante Begleiterscheinungen
zum Vorschein kommen: Störungen der Wahr-
nehmung und der Erkenntnis (Halluzina-
tionen, Autoskopie, illusionäre Verfäls-
chungen) und vegetative körperliche Stö-
rungen wie etwa deformiertes (verstärk-
tes) Hungergefühl, Schlafrhythmus-Stö-
rungen, funktionelle Herzleiden, motori-
sche Desequibrierung (intensives Zit-
tern, Zuckungen wie beim Elektroschock
usw.).

In dem Hamburger Experiment (J.Gros u.a.)
hat man aufgrund dieser Beobachtungen
und der Testprotokolle eine vereinfachte
Form der Klassifizierung menschlicher
Persönlichkeitstypen durchgeführt. Die
Reaktionen auf die Experimente werden
dort in drei Kategorien eingeteilt:

- die Kategorie der animalischen Reak-
tionen.
- die Kategorie der basalen Persönlich-
keitsstrukturen, wie sie durch Anlage
und Frühentwicklung geformt und ziem-
lich stabilisiert sind, die jedenfalls
unter dem Druck der Streßsituation
länger überdauern als die Reaktionen
der Kategorie C.
- die Kategorie der Reaktionen, die ei-
nen response bedeuten auf Reize der
Umwelt, sowohl der sozialen und kul-
turellen als auch der physischen Um-
welt.



„Infames Mittel der Agitation“

güm. In einer scharfen Erklärung hat
sich gestern die Gemeinschaft verfolg-
ter Sozialdemokraten gegen die Be-
hauptung des Allgemeinen Studenten-
ausschusses der Universität und der
Jungsozialisten gewandt, die neue Un-
tersuchungshaftanstalt in Preunges-
heim übertreffe in ihrer Architektur
und ihrer Einrichtung die wüstesten
Utopien der nationalsozialistischen
KZ-Baumeister. Diese Äußerung sei, so
heißt es in einer Erklärung, „eine Be-
leidigung all jener, die als politisch,
rassisch und religiös Verfolgte gefoltert
und umgebracht worden seien. Jeder
wisse, daß es ein gravierender Unter-
schied sei, ohne Gerichtsbeschuß und
ohne Rechtsbeistand in einem Gestapo-
keller zu verschwinden, um später
eventuell in einer Gaskammer zu en-
den, oder in einem Rechtsstaat in einer
Untersuchungshaftanstalt zu sitzen und
sich unter dem Beistand von Rechtsan-
wältinnen auf einen öffentlichen Prozeß
vorzubereiten. Wer die totale Rechtlo-
sigkeit, der unter der Nazi-Herrschaft
politische Gegner ausgesetzt gewesen
seien, mit dem Rechtssystem und sei-
ner Praxis in der Bundesrepublik
gleichsetze, sage bewußt, offensichtlich
als „infames Mittel der Agitation“ die
Unwahrheit. Die Gemeinschaft verfolg-
ter Sozialdemokraten warnt daher vor
den Folgen einer derartigen, „die Ge-
schichte verfälschenden hemmungslo-
sen Demagogie“. Unterzeichnet haben
diese Erklärung unter anderem Land-
tagspräsident Georg Buch, der frühere
Staatssekretär Willi Birkelbach, Joseph
Lang, bis zum Februar dieses Jahres
Mitglied des Frankfurter SPD-Vor-
stands, der frühere Bürgermeister Rudi
Menzer, der Landtagsabgeordnete Phil-
ipp Pless und der frühere Vorsitzende
der SPD-Stadtverordnetenfraktion, Ger-
hard Weck.

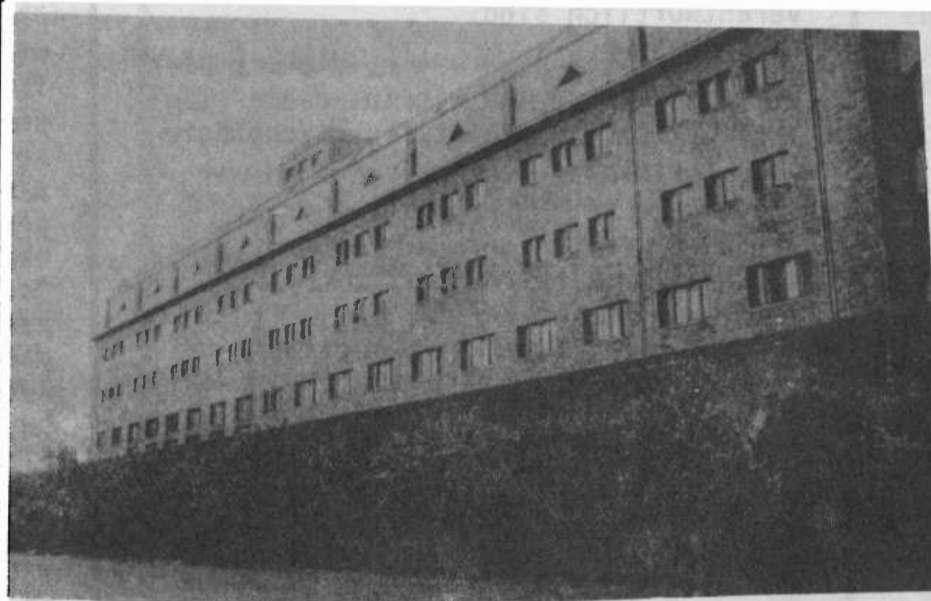


Die durch planmäßig angelegte Experimen-
talsituationen herbeigeführten Persön-
lichkeitsdeformationen werden als dem
menschlichen Organismus innewohnende Per-
sönlichkeitsmerkmale ausgegeben.

Das Willkürliche an den Schlußfolgerun-
gen aus diesen Experimenten ist also,
daß das, was allenfalls als Arbeitshy-
pothese für weitere Untersuchungen die-
nen könnte, umgeformt wird zu dogmati-
schen Aussagen über menschliche Persön-
lichkeitsstrukturen überhaupt. So wird
behauptet, daß die Reaktionen von Men-
schen, die sich in Situation B befinden,
eine Indikation des "wesentlichen Kerns
der Persönlichkeit" seien.

Dem Richter z.B. wird auf diese Weise
ein Freibrief ausgestellt, die verhafteten,
"ihm anvertrauten" Personen unter
den Folterdruck der sensorischen Depriva-
tion zu setzen, um mit der "eigentlichen"
Person sprechen zu können, obwohl er in
Wirklichkeit eine durch die Haftbedingun-
gen schwer verkrüppelte Person vor sich
hat.

Bemerkenswert an diesen Hamburger Expe-
rimenten ist noch, daß nicht nur die
Auswirkungen untersucht werden, die ei-
ne Einschließung in eine solche Zelle
und die Unterwerfung unter sensorische
Deprivation auf die Versuchspersonen ha-
ben, sondern daß auch geprüft wird, wie
man bei Menschen, die nicht in eine so
perfekte Isolierzelle gesperrt werden,
dieselben Wirkungen durch chemo-pharma-
zeutische Mittel erreichen kann. Durch
die Anwendung sehr spezifischer Präpara-
te hofft man so, die komplizierte Struk-
tur der "camera silente", der modernen
"oubliette", überflüssig zu machen, und
dieselben Resultate mit einer Tablette
zu erreichen, die die Industrie ohne
weiteres im Massenmaßstab herstellen
kann. Die Anwendungsmöglichkeiten lassen
sich denken.



Demonstration gegen staatliche Gewalt

Zu einer Demonstration gegen die
„anwachsende staatliche Gewaltanwen-
dung“ haben der Allgemeine Studenten-
ausschuß der Frankfurter Universität
und die Frankfurter Jungsozialisten
„alle Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und
Studenten, alle Genossen, gleichgültig in
welcher Organisation oder Partei sie
sich organisiert haben“ aufgerufen. Am
heutigen Samstag wird die Demonstra-
tion um 12 Uhr an der Hauptwache be-
ginnen, um 13 Uhr am Untersuchungs-
gefängnis in der Hammelsgasse sein und
um 15 Uhr vor dem Untersuchungsge-
fängnis in Preungesheim enden.

In der gemeinsamen Erklärung von
AStA und Jungsozialisten heißt es, daß
die neue Untersuchungshaftanstalt in
Preungesheim „in ihrer Architektur
und ihrer Einrichtung die düstersten
Utopien der Nazi-KZ-Baumeister
übertreffe. Die dortigen Haftbedingun-
gen hätten für die Gefangenen und die
oft noch nicht rechtskräftig Verurteilten
verheerende Folgen.“

Die Kritik an den Zuständen in deut-
schen Gefängnissen haben die in der
Abteilung Justizvollzug organisierten
Gewerkschafter der ÖTV in gleichlau-
tenden Schreiben an Ministerpräsident
Albert Osswald, den hessischen Justizmi-
nister und die drei Landtagsfraktionen
energisch zurückgewiesen. In dem Brief
fordern die Gewerkschafter „Gerechtig-
keit für die Mitarbeiter des Justizvoll-
zugs, die nicht gewillt sind, sich ver-
leumden und zu Sündenböcken stemp-
eln zu lassen.“

Die Justizbeamten fragen, warum die
Landtagsabgeordnete Dorothee Vorbeck
als Mitglied des Unterausschusses Justiz-
vollzug im Hessischen Landtag zur Kri-
tik am Strafvollzug schweige. Die
Frankfurter Abgeordnete arbeite mit im
Komitee zur Aufklärung über Gefäng-
nisse wissen, daß die dort erhobenen
Anliegen — Initiative gegen Folter“ und
Vorwürfe nicht stimmten. -vs

8

Isolationsfolter?

Das Gerede von der „Isolationsfolter“
der Baader-Meinhof-Leute ist widerlich
und verantwortungslos. Es ist einer jener
kindischen Versuche, durch Erfinden von
Wörtern (durch Zusätze zu einem negativ
besetzten Begriff — „Folter“, da dies allein
nicht zutrifft) ein ideologisches Konzept zu
retten, das mit der Wirklichkeit nichts ge-
mein hat.

Zuvor: der Strafvollzug der BRD ist
dringend reformbedürftig; jedem Häftling
haben alle Rechte, die das Gesetz vorsieht,
zuzustehen — ohne Ansehen seiner Person
bzw. Tat.

Wer politisch etwas bewirken will, hat
sich indes einer korrekten Sprachregelung
zu befleißigen. Gefoltert wird in der BRD
nicht! Sicher ist „Isolierung“ eine außeror-
dentliche Erschwerung der Haft, von „Fol-
ter“ kann in diesem Zusammenhang keine
Rede sein. Gegenteilige Behauptungen
sind verklemmte Versuche, die BRD —
eins der freiheitlichsten Länder der Welt
— mit Spanien, Griechenland, Brasilien
usw. in einen Topf zu werfen. Wer offenen
Faschismus von (sicher ungenügender,
stark verbesserungsbedürftiger) Liberali-
tät nicht mehr unterscheiden kann, wertet
seine eigenen Aussagen auf Biertisch-
niveau ab.

Mit dem Ausdruck „Isolationsfolter“ soll
der Unterschied zwischen Folter und einer
unerfreulichen Maßnahme (gibt es eigent-
lich eine Mitschuld der Betroffenen?) ver-
wischt werden. Offensichtlich können es
die Benutzer dieses Wortes gar nicht er-
warten, in einem faschistischen Staat zu
leben.

Sprechen wir von Folter, wo sie herrscht
— und sie herrscht in verdammt vielen
Ländern dieser Welt („amnesty international“
gibt Auskunft!). Bleiben wir ehrlich
in der Wortwahl, wo — Gott sei Dank —
keine Folter herrscht, wie in der BRD.

Egbert Wenzel, Kassel

Stahlkugeln auf Balkon des Staatsanwaltes

Unbekannte Täter haben in der Nacht
zum Samstag versucht, die im dritten
Stock liegende Wohnung des Frankfur-
ter Staatsanwalts Hans Brinkmann mit
Stahlkugeln und Steinen zu bewerfen.
Brinkmann ist nach Angaben der Poli-
zei einer der maßgeblichen Staatsan-
wälte, die gegen Angehörige der Baa-
der-Meinhof-Gruppe ermitteln.

Wie ein Polizeisprecher am Sams-
tagabend erklärte, wurden auf dem Bal-
kon der Wohnung Stahlkugeln und un-
ten auf der Erde größere Steine gefun-
den, die offenbar von der Hauswand ab-
geprallt sind. Die Wohnung des in der
Nordweststadt liegenden Wohnung war
mit roter Sprühfarbe und der Parole
„Volksfeind Brinkmann, erste Warnung
— Rote Armeebraktion“ verunziert. Die
Buchstaben waren etwa einen Meter
hoch, die gesamte Inschrift nahm eine
Länge von etwa zehn Metern ein. L. H.

FR 28.5.73

Komitee für Rechte der Strafgefangenen

Für die Verteidigung der Rechte von
Strafgefangenen will sich ein Komitee
in Frankfurt einsetzen, das am Freitag
auf Bundesebene gegründet werden soll.
Teilnehmer einer Podiumsdiskussion,
darunter der Bremer Rechtsanwalt
Heinrich Hannover, der Münchener Uni-
versitätsprofessor Christian Sigrist und
der Publizist Ulrich Sonnemann, wollen
um 20 Uhr im Bürgerhaus der Nord-
weststadt die Frage erörtern, ob in „un-
seren Gefängnissen gefoltert wird“.
Nach Serien von Selbsttötungen in bun-
desdeutschen Strafvollzugsanstalten
haben an verschiedenen Orten bereits
regionale Komitees ihre Arbeit aufge-
nommen. Lepp

FR 11.5.73

LETZTE MELDUNG

Auf über 100 000 Mark schätzt d
Kripo den Sachschaden, den gegen 3.
Uhr ein Brand in der Oberen Kreuzal-
kerstraße in Preungesheim verursacht
In einer Bauverwaltungsbaracke d
Strafanstalt Preungesheim war Feuer
ausgebrochen und hatte wichtige Ba-
pläne, das gesamte Mobiliar sowie zahl-
reiche Büromaschinen vernichtet. W
die kriminalpolizeilichen Ermittlung
ergaben, liegt mit Sicherheit Brandst-
tung vor. Vermutlich ist das Feuer r
Benzin vorsätzlich gelegt worden.
Täterhinweise liegen bisher jedoch no
nicht vor.

FR

16.6.73

Der eine Herr heißt Werner und ist Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Justiz. Der andere Herr heißt Wachter und ist Direktor der neuen Untersuchungshaftanstalt in Frankfurt-Preungesheim. Beiden Herren ist gemeinsam, daß kein Gericht der Bundesrepublik sich näher mit ihnen befassen wird, es sei denn, sie klauen silberne Löffel, was ihnen nicht zuzutrauen ist. Kein Gericht wird auf die Idee kommen, gegen diese Exekutoren eines Systems vorzugehen, das sich Straf- und Untersuchungsvollzug nennt. Denn beide Herren befinden sich in Übereinstimmung mit der herrschenden Legalität, Recht und Unrecht sind somit klar, bevor darauf eingegangen wird, was beide Herren verantworten und tun. Die Herren Werner und Wachter sind nicht kriminell.

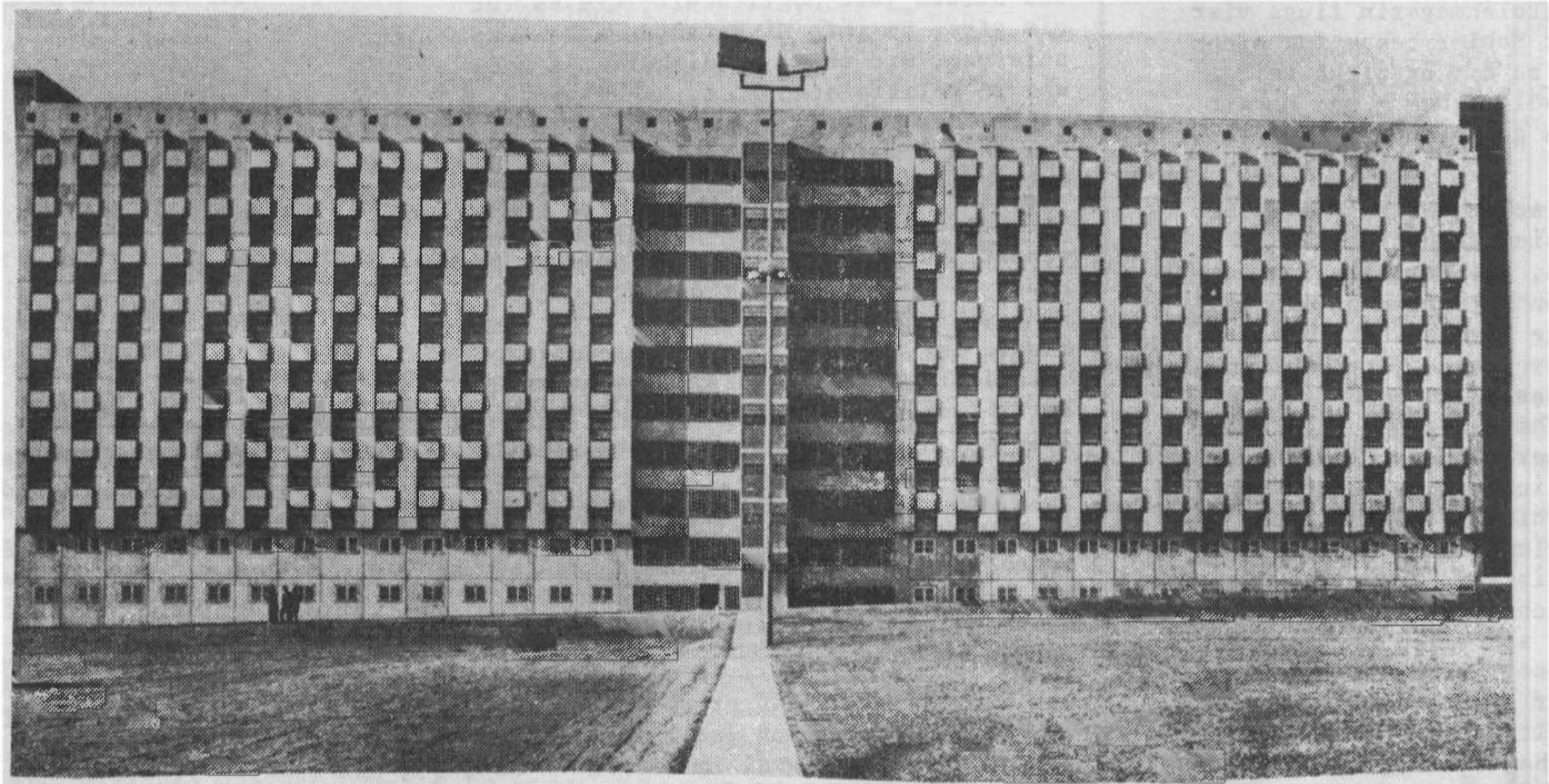
Den trauernden Erben einer liberalen Rechtsauffassung bleibt es überlassen, zu prüfen, ob zwischen den papiernen Normen für einen Untersuchungsvollzug, der dem Inhaftierten bis zum vollständigen Abschluß seines Verfahrens die Annahme der Unschuld zubilligt und der Praxis von Untersuchungshaft, die von "gefährlichen Rechtsbrechern" und

ne dies nur auf Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse beruhen. Die Gewalt meint, sich ihrer Nacktheit nicht schämen zu müssen. Der Staat hat nichts zu verbergen. Der Minister läßt ein, das Gefängnis Preungesheim zu besichtigen. 10 Mitglieder des Komitees, das Fernsehen, die Presse, der Staatssekretär und der Direktor finden sich am 4. Juni zu einer "Begehung" zusammen.

Wer in einem Großbetrieb an den Bändern und Pressen vorbeiläuft und sich von der Reibungslosigkeit des Betriebs faszinieren läßt, der erfährt gerade das nicht, was ihm wenigstens eine Stunde am Band vermitteln könnte. Vielleicht sieht er genau das Gegenteil der Fabrikrealität. Das Band läuft ungeheuer langsam - ein Eindruck, den z.B. ein Punktschweißer verdammt nicht hat -, was wollen die Typen eigentlich, die da dauernd von Akkordhetze reden? Ähnliche Effekte mag sich der Hessische Justizminister ausgerechnet haben. Was bleibt schon Vorwurf der Folter, wenn Leute durch ein Gefängnis laufen und niemanden schreien hören. Ein ausländischer Gefangener hatte das genau kapiert, als er den ersten, der in seine Zelle kam, fragte: "He, du Tourist?"

Kaum in Betrieb, hat es in dieser Haftanstalt zwei Selbstmordversuche gegeben. Der Gefangene, der in der Beruhigungszelle die Glühbirne herausschraubte und die Scherben aß, wird kaum sagen können, er habe das wegen der Käfige, wegen der Blende getan. Seine Verzweiflung fällt auf ihn selbst zurück. In einer Gesellschaft, in der als verrückt gilt, wem die Darstellung seiner Krankheitssymptome im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten nicht gelingt, ist es allerdings nur logisch, daß der Gefolterte sein Leid nicht dem zuschreibt, der es hervorruft, sondern seiner Unfähigkeit, es zu ertragen.

So blind, wie das Bewußtsein der Opfer werden soll, ist von vornherein das der Täter beschaffen. Sie sind - in ihrer ihrer subjektiven Überzeugung - alles andere als Folterknechte. Die Sichtblenden - aber ja, denn wer wegen Verdunklungsgefahr sitzt, darf sich nicht durch Zurufe mit der Außenwelt in Verbindung setzen. Die Käfige - selbstverständlich, denn was könnte die Wärter besser schützen. Die Spazierhöfe - der reinste aller SÄchzwänge: kurze Wege zu den Zellen, keine Zugluft und bei jedem Wetter be-



"dringend Verdächtigen" (Staatssekretär Werner) ausgeht, eine Diskrepanz liegt, die der Reform wert wäre. Die Logik des Systems zwingt indes eher, das Papier zu vernichten, das der Praxis nicht entspricht. "Welche Philosophie man immer lehren mag, und sei es eine theologische: eine Gesellschaft ist nicht der Tempel jener Wertidole, die auf dem Giebel ihrer Monumente oder in ihren Verfassungstexten stehen, sie ist das wert, was in ihr die Beziehungen des Menschen zum Menschen wert sind. Es geht nicht allein darum, was die Liberalen im Kopf haben, sondern was der liberale Staat innerhalb und außerhalb seiner Grenzen wirklich tut. Die Reinheit seiner Prinzipien spricht ihn nicht frei, sie verurteilt ihn, wenn es sich zeigt, daß sie nicht in die Praxis eingeht." (Merleau-Ponty, "Humanismus und Terror").

Gegen die Untersuchungshaftanstalt in Preungesheim wurde protestiert, eine Demonstration fand statt. Der zuständige Minister Karl Hemfler schreibt in einem Brief an das "Komitee zur Aufklärung über die Gefängnisse/Initiative gegen die Folter: wenn überhaupt Vorwürfe erhoben würden, so kön-

Die wirklichen Verhältnisse in Preungesheim: Die übereinanderliegenden Spazierhöfe für jedes Stockwerk, rund um Beton mit einem schmalen Spalt, der ein bißchen Himmel sehen läßt, die sechs Käfige in jedem Aufzug, die totale Abschirmung von außen (überall wo Fenster sein könnten, sind Glasbacksteine gemauert), die Betonblenden vor jedem Zellenfenster, die Beruhigungszellen, werden erst dann als wirkliche Verhältnisse begriffen, wenn man sich vorstellt, daß sie benutzt werden, um Menschen über Monate zu "verwahren". Folter ist dabei niemals die Blende, der Käfig oder der Spaziergang in der Tiefgarage. Folter sind die einzelnen sadistischen Einfälle zusammengenommen. Folter ist der ganze Betrieb und die anonyme Selbstverständlichkeit, mit der er dem Gefangenen gegenübertritt, verkleidet zudem ins Gewand technischer Modernität, um jede Ahnung davon abzutöten, daß das, was hier geschieht etwas anderes ist als ein Naturereignis: Unmenschliche Gewalttätigkeit, die noch jede Spur von Auflehnung damit bestraft, daß sie ihre Grundlosigkeit nachweist.

nutzbar. Das alles, natürlich, ist "Übelzufuhr" (Staatssekretär Werner), was kann Haft denn auch anderes sein. Und was die Ernährung der Häftlinge angeht, die sich darüber beschwerten, daß sie zum Frühstück nur Schwarzbrot und Marmelade erhalten, "der Gefangene bekommt genügend Eiweißträger verabreicht". Die Substanz der unantastbaren "Würde des Menschen" zeigt sich Knast, wie sie immer schon gemeint war: Existenzminimum abstrakt menschlicher Materie.

Der Bunker von Preungesheim ist bezogen, die Begehung vorbei, das Presseecho - kritisch, aber konstruktiv - bald vergessen, die Welt der Herren Hemfler, Werner und Wachter wieder in Ordnung. Ändern wird und kann sich nichts, denn nahezu alle Einrichtungen, die Gegenstand der Kritik waren, sind "bautragende Elemente". In Preungesheim wurde in mehr als nur statischer Hinsicht solide gebaut. So sind die Alternativen klar gestellt. Man kann nämlich auch so fragen: Soll man die Blenden nicht lassen, für die, die sie gebaut haben?

In Frankfurt laufen zur Zeit etwa 350 Ermittlungsverfahren gegen Genossen. Sie betreffen nur die strafrechtlich relevanten Fälle, nicht die zivilrechtlichen, die aus Mietstreiks usw. herrühren. Schlägereien auf Demonstrationen, bei denen die Polizei systematisch provozierte; brutale Einsätze bei der Räumung von Häusern wie im Grüneburgweg oder der Jügelstraße und jüngstens bei den harten Auseinandersetzungen um den Kettenhofweg; Einsätze an der Universität (z.B. beim Wiwi-Streik) - immer dann, wenn militanter Widerstand gerechtfertigt und politisch erfolgreich war, gab es Verhaftungen, Ermittlungen, Prozesse. In nächster Zeit kommt einiges an politischer Justiz auf uns zu.

Der Staat weiß genau zu unterscheiden zwischen denen, die durch Zufall in seine Mühlen geraten, und denen, die für ihre sozialistische Überzeugung kämpfen. Dieter Kunzelmann wurde wegen eines Brandanschlags, der nicht stattgefunden hat, nur aufgrund der Aussagen einer erpreßten Zeugin zu neun Jahren verurteilt. Werner Hoppe zu zehn Jahren: bei ihm hat der Richter aus einem gefundenen Pistolenmagazin flugs vier gemacht. Horst Mahler bekam für einen Banküberfall, an dem er nicht teilgenommen hat, zwölf Jahre - und Margit Schiller wegen gar nichts zweieinhalb Jahre!

Das praktisch schon vollzogene Verbot der KPD, das sich ankündigende Verbot der KPD/ML, die Zerschlagung des Sozialistischen Patientenkollektivs, die wahnwitzige Jagd auf die RAF, bereits lange bevor eine ihrer Bomben gefallen war - das alles sind Symptome für sich verschärfende Auseinandersetzungen. Die herrschende Klasse macht keinen wesentlichen Unterschied zwischen Horst Mahler, Wolfgang Huber und Jürgen Horlemann. So unterschiedlich die politischen Richtungen dieser Gruppen auch sind - eines haben sie gemeinsam: sie waren und sind entschlossen, dieses System zu bekämpfen, weil sie es für grausam, sinnlos und überflüssig halten. Doch gerade an den unterschiedlichen Verfolgungsmaßnahmen zeigt sich die Strategie der Herrschenden: bewußte militante Gruppen sollen von der Bewegung abgespalten werden. Und mit Hilfe beispielloser Hetze ist dies zum Teil auch gelungen: einige Gruppen - Paradebeispiel dafür ist die DKP und ihre Organisationen - lassen sich die Form der Auseinandersetzung von der Staatsgewalt vorschreiben. Besinnungslos stimmen sie ein in den Chor der blindwütigen Verleumdungen, statt zu erklären, wie richtig z.B. die Motive der RAF und anderer sind, wie gut man verstehen kann, daß einer Bomben gegen die Amerikaner und die Polizei schmeißt, auch wenn man es politisch für falsch hält. Auch viele der hier anwesenden Gruppen sind zu einer solchen Haltung nie gekommen.

Die Funktion dieser Spaltungs- und Abschreckungsstrategie ist klar: sie soll ent-solidarisieren, sie soll auf die Dauer Widerstand unmöglich machen. Es liegt an uns, ob dies gelingt oder nicht.

Bei den Bemühungen, in allen gesellschaftlich wichtigen Bereichen unsere Basis zu erweitern, ist es unumgänglich, die unmittelbaren Unterdrückungsinstrumente des Staats zu bekämpfen. Dort, wo

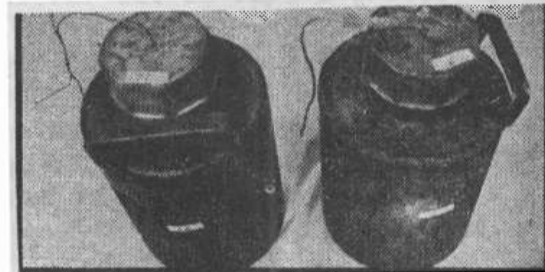
die bürgerliche Herrschaft zu stammeln anfängt, kommen Polizei, Justiz und Strafvollzug zu Wort. Von diesen drei sind die beiden ersten, Polizei und Justiz, nur die Wegbereiter des dritten. Die mörderischen Verhältnisse und Bedingungen im Knast werden schon seit Jahrzehnten angeprangert. 1928 z.B. wies der Psychoanalytiker Karl Landauer deutlich auf die Rache- und Vergeltungsfunktion des Strafvollzugs hin, und er sagte unter anderem: "Am allersinnlosesten ist die Arrest- und Beruhigungszelle, wo ihm (dem Menschen) selbst die unbelebte Umwelt entzogen wird, ja das Licht. Hier liegt eine klare Tötung des Menschen vor, ein Mord auf Zeit..." Das war 1928 - und noch heute werden Menschen unter denselben Umständen festgehalten, die ein erzbürgerlicher Psychoanalytiker klar als Tötungsabsicht erkennt. Daß die Genossen der RAF dem schärfsten und grausamsten Strafvollzug unterworfen werden, den es in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat, das allerdings hat Sinn und Methode. Denn für diese Genossen ist auch im Knast der Kampf nicht zuende. Sie nutzen jede Möglichkeit, die es für sie gibt, um ihre Mitgefangenen kennenzulernen, mit ihnen zu diskutieren und sie zu politisieren. Z.B. haben sich viele sog. "kriminelle" Gefangene dem Hungerstreik angeschlossen, der die Aufhebung der totalen Isolation fordert.

Die Genossen im Knast haben die gesellschaftliche Funktion dieser Institution besser erkannt, als wir das von draußen konnten oder wollten. Für die Arbeiterklasse ist der Knast das Disziplinierungsmittel überhaupt. Was Familie, Lehre und Betrieb nicht schaffen, das muß der Knast leisten: den oft nur unbewußten Widerstandswillen gegen das System der Ausbeutung und Unterdrückung endgültig zu brechen. Der Widerstand leistende unpolitische Arbeiter ist der typische Insasse der Gefängnisse. Mit ihm zusammen den Kampf aufzunehmen, ist die Aufgabe der Genossen im Knast.

Wer heute als militanter Sozialist oder Kommunist kämpft, muß damit rechnen, früher oder später einmal im Gefängnis zu landen. Wir dürfen den Knast nicht zu einem Tabu machen, sondern müssen ihn als einen wichtigen Teil dieser Gesellschaft begreifen. Vor ihm darf unsere Arbeit nicht haltmachen. Widerstand und Meuterei sind im Gefängnis immer latent vorhanden, schwelen unter der Oberfläche. Doch solange der Knast von draußen isoliert bleibt, wenn er als Nullpunkt, als Ende begriffen wird, haben die verschiedenen Formen des Widerstands keine große Aussicht auf Erfolg.

Es ist keine leichte Aufgabe. Man kann ein Gefängnis nicht besetzen wie ein Rathaus. Auch nicht "einfach mal so" reingehen und "Untersuchungsarbeit" leisten. Was wir hier können, ist erstmal auf die Verhältnisse hinweisen und mit euch darüber diskutieren. Wenn Knastarbeit Erfolg haben soll, dann müssen viel mehr Leute diese Arbeit leisten. Und ob man sie in der Roten Hilfe macht oder nicht, ist ziemlich egal. Hauptsache, sie wird überhaupt gemacht.

Es gibt materielle Forderungen für alle Gefangenen, die wir unterstützen müssen. Z.B. die Abschaffung des gesamten Strafsystems in den Gefängnissen: Bunker, Vergünstigungen, Prügel; Aufhebung der Informationsperren, Besuchsbeschränkungen, Postzensur; für bessere ärztliche Versorgung, längeren Hofgang, Aufschluß der Zellen, tariflichen Arbeitslohn usw. Vielleicht werden manche sagen, das seien reformistische Forderungen, die uns nur den Psycho-Terror à la Schweden bescheren würden. Das stimmt nicht. Die Forderungen derjenigen, die heute im Knast in den Hungerstreik treten, denen man das Wasser abstellt und sie dann zwangsernährt - diese Forderungen sind Forderungen des Überlebens. Einmal zeigen die Genossen damit, daß



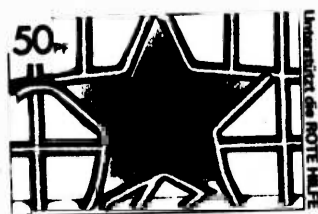
Die Bomben: 50 Zentimeter hoch, über zehn Kilogramm schwer.

sie sich ihre politische Identität nicht vom Knast kaputt machen lassen. Zum anderen ist die Abschaffung der Isolationsfolter die Voraussetzung für ein politisches Wirken im Knast. Darum sind die materiellen Forderungen der Genossen im Knast nicht reformistisch. Auch die kleinste Verbesserung, die durchgesetzt werden kann, ist ein Sieg und für den Einzelnen lebensnotwendig.

In diesem Zusammenhang fordern wir, daß Werner Hoppe die Handschellen abgenommen werden! Seit Monaten werden ihm täglich ("zur eigenen Sicherheit", wie es zynisch heißt) beim Hofgang Handschellen angelegt. Bei solch sinnloser Quälerei und Folter reicht rein verbaler Protest nicht aus. Genossen, befreit Werner von seinen Handschellen!

Genossen, zum Schluß wollen wir euch noch auf eins hinweisen: seit siebzig Jahren kämpfen Liberale und Sozialisten für einen besseren Strafvollzug, teilweise sogar dafür, daß der Knast ganz abgeschafft wird. Selbst die rechten Sozialdemokraten geben zu, daß ihnen unwohl ist, wie das in den Gefängnissen heute läuft. Und doch wird in diesen Tagen in Frankfurt-Preungesheim ein neues Untersuchungsgefängnis eröffnet, das in seiner Bauweise die kühnsten Nazi-Utopien übersteigt. Eine technologisch perfekte Maschine zur Menschenverwahrung. Vor jedem Fenster sind betonierte Sichtblenden, da mit keiner mehr ins Freie sehen kann. Auf jedem Stockwerk mehrere Beruhigungszellen. Statt Treppen gibt es Aufzugskäfige. Statt Erde und Gras sieht man Beton: der Hofgang findet in Beton-überdachten Fluren statt. Hier verliert der Gefangene zwangsläufig jedes Gefühl für Draußen. Die Folge ist die langsame Zerstörung der Persönlichkeit, die sich an nichts mehr orientieren kann.

Deswegen - und nicht nur, weil unsere Genossen Marianne Herzog und Astrid Proll nebenan im alten Frauengefängnis sitzen - müssen wir am Samstag nach Preungesheim gehen, um gegen die Eröffnung dieses Monsterbaus zu protestieren!



teach-in Beitrag

SCHLÄGERTRUPPE IN BUTZBACH

Im Knast gärt es. Dem kapitalistischen Unterdrückungsapparat 'Strafverfolgung' fällt es immer schwerer, seine terroristischen Willkürmaßnahmen, welche die Gefangenen körperlich und seelisch zerbrechen und sie den Herrschaftsinteressen einer ungerechten Gesellschaftsordnung unterwerfen sollen, hinter Knastmauern vor den Augen der Öffentlichkeit zu verbergen.

Auch in der Strafanstalt BUTZBACH haben Gefangene den Kampf gegen den Terror aufgenommen, unter dem sie leiden: Isolierhaft, Beruhigungszelle, Wasserentzug während des Hungerstreiks, Provokation durch schlagwütige Gefängniswärter, Mißhandlungen durch Schlägerkommandos - und all die kleineren Schikanen, die dem Häftling seine Grundrechte und seine Menschenwürde rauben.

Die Gefangenen solidarisieren sich, auch wenn die Knastverwaltung durch die exemplarische Bestrafung von Sündenböcken und durch kollektive Vergeltungsmaßnahmen sie gegeneinander aufzuhetzen sucht; mit der Waffe des Hungerstreiks kämpfen sie für ihre Rechte: durch Strafanzeigen gegen besonders grausame Gefängnisbüttel, durch Appelle an das Parlament und durch der Presse zugeleitete Informationen.



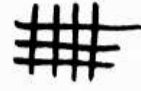
Es fing damit an, daß in der JVA Dieburg eine Reihe von Häftlingen gemeinsam gegen willkürliche Überschreitungen der Strafvollzugsordnung von seiten des Gefängnispersonals protestierten. Getreu der Rädelsführertheorie wurden einige von ihnen, darunter Michael Heise, herausgegriffen und als 'Initiatoren einer Gefangenenaktion' ins Butzbacher Zuchthaus 'strafversetzt'.

Über die Verhältnisse in Butzbach schreibt Michael Heise in einem Brief:

"Hier in Butzbach ist es an der Tagesordnung, daß Gefangene systematisch provoziert und dann von einem speziellen Bedienstetenkommando zusammenschlagen werden. Wer noch über ein gutes Nervensystem verfügt, wird etwas länger brauchen, bis er in der gewünschten Weise reagiert. Wer schon etwas mehr durch die Isolation der Haft zertrümmert ist, der ist gleich bereit, auf diese Falle hereinzufallen... Vor Gericht dann ewig das gleiche Verfahren: Immer sieben unbescholtene Beamte = Schlägertruppe gegen einen vorbestraften Kriminellen. Selbst ein wohlwollender Richter könnte da nicht anders, als den Mißhandelten als Angreifer zu verurteilen. Aus diesem Dilemma kann nur Protest aus und in der Öffentlichkeit helfen. Die Verniedlichungsversuche der ÖTV (gewerkschaftliche Vertretung des Knastpersonals. Red.) sind schlichtweg unbegreiflich. Auch wir würden es viel lieber vorziehen, nicht geschlagen zu werden, als jede Nacht innerlich verkrampft im Bett zu liegen und zu warten, ob die Schritte an der Zellentür vorbeigehen oder vielleicht hereinkommen...

Auch über andere bei Polizeibehörden begangene Folterungen kann ich berichten. Ein Fall liegt ganz in meiner Nähe, es handelt sich um den..., der wegen Fahrens ohne Führerschein zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, die Strafe nicht angetreten hatte und verhaftet wurde. Er wurde bei der Festnahme mit einer Pistole derart hart auf den Schädel geschlagen, daß er eine 15 cm lange Bruchstelle in der Schädel-

decke hat, tagelang in Lebensgefahr war, heute noch an Gehirnanfällen leidet und einen deformierten Kopf hat."



Ein anderer Butzbacher Häftling, dem nach einem längeren Hungerstreik Salzwasser zum Trinken vorgesetzt wurde (Lebensgefahr!), erstattete eine Strafanzeige gegen den Anstaltsarzt der JVA Butzbach, Medizinaldirektor Maykämper: "Die unter dem 9.2.73 gestellte Strafanzeige ist bis heute nicht beantwortet. Kein Ton seitens der St.A. Gießen, wie üblich!", schreibt der Gefangene, dessen Name uns bekannt ist.

In Verbindung mit seiner Strafanzeige - wegen schwerer Körperverletzung und Folterung - gibt er eine ausführliche Schilderung der Verhältnisse in Butzbach, aus der wir Teile zitieren. Nach Darlegung der Gründe, aus denen er in den Hungerstreik trat (häufige willkürliche Kürzung der Essensrationen, auch bei Schwerarbeit: Kohleschaufeln usw., körperliche Mißhandlung eines schwerkriegerbeschädigten Mithäftlings, ergebnislose Beschwerden bei der Anstaltsleitung und Eingaben an den Minister der Justiz), fährt er fort:

"Dann bleibt nur der Hungerstreik als einziges Protestmittel, um die Öffentlichkeit über diesen Justizterror in der Butzbacher Justizvollzugsanstalt aufzuklären.

Am 21. Januar 1973 verweigerte ich das Essen - erst nach 10 Tagen, nämlich am 31. Jan. 1973 erschien zum ersten Mal der Anstaltsarzt. Dieser lachte, hielt

Der Gefangene

FRIEDBERG · BAD NAUHEIM UND WETTERAUKEIS

spricht von Mißhandlungen und brutalen Schlägern

BUTZBACH/DIEBURG: Schwere Anschuldigungen gegen die Justizvollzugsanstalt Butzbach erhebt der dort einsitzende Gefangene Michael Heise. Heise, der zu den Initiatoren einer Gefangenenaktion in der Justizvollzugsanstalt Dieburg gehörte, wurde nach Butzbach verlegt, da er, so das Justizministerium, „als Langstrafiger nicht in Dieburg bleiben kann“. Selbst ein Hungerstreik Heises und mehrere Eingaben seiner ehemaligen Mithäftlinge an den Hessischen Minister der Justiz blieben ohne Erfolg. Jetzt spricht Heise von „Mißhandlungen“ und einem „Rollkommando besonders brutaler Schläger“ in der JVA Butzbach.

Nachdem Heise nach Butzbach verlegt worden war, häufte sich die Kritik an seiner Verlegung. Jetzt wurden weitere Gefangene von Dieburg nach Butzbach verlegt. Heise spricht in einem Brief an die FR von einer „großangelegten Säuberungsaktion“ und fährt fort: „Obwohl man früher ständig bestritten hat, daß es Abweichungen vom Vollstreckungsplan gibt, verlegt man plötzlich viele Gefangene, weil man das nun wegen mir machen müsse. Der Anstaltsleiter in Dieburg gibt den Gefangenen dann mit auf den Weg, sie mögen sich doch bitte bei mir dafür herzlich bedanken.“

Dieses „Bedanken“ sieht nach Heises Aussagen so aus, daß er fast täglich von wutentbrannten Gefangenen bedroht wird. Jeder der nach Butzbach verlegten Häftlinge würde die Verlegung als Strafversetzung auffassen. Die Zustände in der JVA Dieburg seien zwar dürftig, „so, wie im Strafvollzug überall“, aber ansonsten doch relativ human.

Heise: „Ganz anders die Verhältnisse hier in Butzbach. Hier ist es noch an der Tagesordnung, daß Gefangene brutal geschlagen und mißhandelt werden. Ein eigens zu diesem Zweck bereitgestelltes Rollkommando besonders brutaler Schläger steht der Anstalt als bestes Argument, wenn man sich selbst in eine Sackgasse manövriert hat, zur Verfügung.“ Beschwerden über die „Schlägertruppe“ seien sinnlos und gefährlich. „Wen wundert es, wenn niemand hierher will? Wen wundert es, wenn sich Haßgefühle entwickeln, wenn man mit auf die Reise bekommt, wäre der Heise nicht, dann müßten wir Sie nicht verlegen?“ fragt Michael Heise.

Butzbachs stellvertretender Anstaltsleiter Neumann: „Ich weiß gar nicht, wie der Brief überhaupt herauskommen konnte.“ Anstaltsleiter Bickler: „Seit einiger Zeit haben wir keine Zensur mehr bei ausgehender

Post. Ausgenommen davon sind Schreiben an Publikationsorgane. Der Brief an die FR muß über Mittelsmänner nach Frankfurt gekommen sein.“ Bickler bezeichnet Heises Schilderung als „dummes Zeug“, da ihm Heise bis heute die Namen von zusammengeschlagenen Häftlingen nicht genannt habe. Daß es in der Tat zu Ausschreitungen in der Butzbacher Anstalt gekommen ist, räumt Bickler ein. Zwischen einem Gefangenen und einem Beamten kam es zu einer Schlägerei, deren Verlauf von anderen Häftlingen beobachtet wurde. Der Gefangene stellte Strafantrag gegen den Beamten, die Anstaltsleitung stellte für den Beamten Strafanzeige gegen den Gefangenen bei der Staatsanwaltschaft Gießen.

Ministerialdirektor Meyer-Velde vom hessischen Justizministerium zur FR: „Auch ich habe den Brief erhalten und werde die Vorwürfe auf dem Wege der Dienstaufsicht überprüfen lassen.“ Natürlich gerate nach

längerem Aufenthalt in der Anstalt mancher „aus dem Häuschen“, zerschlage seine Zelleneinrichtung und rufe dann („Die Leute sind in diesem Zustand als psychopathisch zu bezeichnen“): „Die schlagen mich tot!“ In diesem Fall werde zu den „Regeln der Anwendung unmittelbaren Zwanges“ gegriffen und der Gefangene in eine der sogenannten „Beruhigungszellen“ gebracht.

Meyer-Velde nimmt an, daß die Untersuchung etwa zwei bis drei Wochen erfordern wird.

Michael Heise: „Wenn die Justiz die geschilderten Verhältnisse bestritten sollte, bin ich zu jeder Beweisführung bereit. Für den Anfang biete ich Ihnen aus den letzten Wochen fünf Gefangene an, die „zwangsverlegt und belehrt“, worden sind, und die gleiche Anzahl im gleichen Zeitraum hier zusammengedroschener Gefangenen. Die Zahl läßt sich beliebig erweitern.“

BERND FUNKE

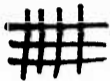
Michael Heise erhebt

schwere Anschuldigungen gegen die JVA Butzbach /

Anstaltsleiter Bickler: „Dummes Zeug“ / Ministerium prüft

mir einen Vortrag über künstliche Ernährung und sagte: 'Das bekommen wir schon hin!' Am 1. Febr. kam ich in eine feste Sicherheitszelle. Auf Anordnung des Arztes ist mir das Wasser entzogen worden. Diese Methode stammt aus dem tiefsten Mittelalter und ist ein Verbrechen am Menschen. Der Körper hat keine Flüssigkeit und schrumpft zusammen, die Nieren können nicht mehr arbeiten und schmerzen, der Kreislauf bricht zusammen. Aus!

Mit solchen verbrecherischen Mitteln wird hier die freie Demonstration unterdrückt. Ich mache Hungerstreik, weil ich nicht genügend Energiezufuhr erhalte, und keinen Wasserstreik... Ich habe gegendie geltenden Gesetze verstoßen, bin 'im Namen des Volkes' zu einer Freiheitsstrafe verurteilt - somit alles klar und recht! Nirgends steht aber im Urteil, ich müßte mich seelisch und körperlich während meiner Haftzeit quälen lassen, damit ich, vollkommen 'lebensuntüchtig' aus der Haft entlassen, in die Gesellschaft zurückkehre."

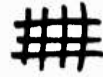


Schließlich bemühten sich noch die "Organe der Demokratie" in Gestalt einiger Mitglieder des Unterausschusses Justizvollzug des Rechtsausschusses des Hessischen Landtags nach Butzbach, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu überprüfen. Ironischerweise allerdings nicht im Anschluß an die Proteste der Gefangenen, sondern erst anläßlich einer Eingabe des Personalausschusses der Butzbacher Knastbediensteten, die sich dadurch von den in der Presse (FR vom 12.5.73, siehe Kasten) gegen sie erhobenen Vorwürfe reinwaschen wollten.

Entsprechend fiel das Ergebnis aus. Der Vorsitzende des Unterausschusses, der MdL Koch, sprach den Bediensteten der JVA "Dank und Anerkennung für ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit im Strafvollzugsdienst" aus; er wies alle Vorwürfe als "Diffamierungen" zurück und hielt die "Anwendung unmittelbaren Zwanges gegen Gefangene für unvermeidbar". (Siehe 'Butzbacher Zeitung' vom 29.5.73. Kasten)

Diese Erklärung, die nur so zu verstehen ist, daß die Staatsgewalt um die Gunst ihrer ohnehin schlecht bezahlten,

minderqualifizierten und unzufriedenen Knastbüttel buhlt, verrät grenzenlosen Zynismus: zumal sogar der Butzbacher Anstaltsleiter Bickler gegenüber der 'Frankfurter Rundschau' einräumte, "daß es in der Tat zu Ausschreitungen in der Butzbacher Anstalt gekommen ist".



Doch die Gefangenen waren damit nicht mundtot gemacht. Michael Heise formulierte ihren Protest in einem Brief an den Abgeordneten Koch:

"... Die Gefangenen der JVA Butzbach fühlen sich durch ihre Erklärung in der Butzbacher Zeitung vom 29.5.73 verhöhnt und verraten. Sie und Ihr Ausschuss haben keinen einzigen der mißhandelten Gefangenen gehört... Sie haben auch keinen der bei der letzten Mißhandlung zugegen gewesenen Zeugen gehört. Trotzdem haben die sechs einvernommenen Zeugen, die Ihnen willkürlich ausgewählt worden sind, eindeutig und übereinstimmend bestätigt, daß



Kein organisiertes Rollkommando in der JVA

Schwere Anschuldigungen gegen Butzbacher JVA-Bedienstete unwahr

Butzbach. — Aufgrund der Eingabe des Personalrates der Justizvollzugsanstalt Butzbach vom 17.5.1973 besuchten am Freitag die Mitglieder des Unterausschusses Justizvollzug des Rechtsausschusses des Hessischen Landtages die JVA Butzbach. Anlaß zu der Eingabe des Personalrates war die Veröffentlichung in der Frankfurter Rundschau vom 12.5.1973, in der schwere Anschuldigungen gegen die Bediensteten der JVA Butzbach erhoben wurden. U. a. wurde dort behauptet, in der JVA Butzbach werde ein organisiertes Rollkommando unterhalten, das Gefangene mißhandele.

● Ausgelöst wurde diese Veröffentlichung durch das Verhalten eines Strafgefangenen, der am 2.5.1973 mehr als drei Stunden die wiederholten Aufforderungen der Bediensteten, sich in seine Zelle zu begeben, unbeachtet gelassen hatte und dessen massiver Widerstand schließlich gebrochen werden mußte.

Unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Koch wurde dieser Sachverhalt zwischen den Abgeordneten des Unterausschusses, dem

Leiter der Abteilung Strafvollzug, Ministerialrat Chudoba, als Vertreter des Hessischen Justizministeriums, der Anstaltsleitung und den Mitgliedern des Personalrates eingehend erörtert. Wie Chudoba mitteilte, wurde die Staatsanwaltschaft Gießen beauftragt, dem Justizministerium laufend über den Stand der Ermittlungsverfahren, die auf die Anzeigen zweier Strafgefangener und der Anstaltsleitung eingeleitet wurden, zu berichten.

Zwischen den Mitgliedern des Landtages, den Vertretern des Justizministeriums und den Anstaltsbediensteten bestand Einmütigkeit darüber, daß vor Abschluß dieser Verfahren keine abschließende Erklärung zum auslösenden Einzelvorgang abgegeben werden könne.

Der Personalrat wies nachdrücklich darauf hin, daß alle Bediensteten der JVA bereit seien, Verständnis für die Belange der Inhaftierten aufzubringen und ihnen zu helfen. Sie seien aber nicht willens, durch Frechheiten, Drohungen und Widersätzlichkeiten einer kleinen Gruppe Krimineller, sich davon abhalten zu lassen, ihre schweren Dienstpflichten gewissenhaft zu erfüllen.

● Das Personal der JVA Butzbach, so erklärte der Personalrat weiter, sei bereit, einzeln und in der Gesamtheit, auch über die Berufsvertretungen, sich an die Parteien und die Öffentlichkeit zu wenden, wenn unzutreffende und polemische Darstellungen der Inhaftierten dies erforderten. Es gehe nämlich nicht an, daß es in einer mit 100 Gefangenen überbelegten Anstalt mit vielfach schwierigsten und gewalttätigen Inhaftierten bei einem reduzierten Personalbestand im Aufsichtsdienst einer kleinen Gruppe Krimineller ermöglicht werde, unter Mißbrauch der Liberalisierung und Humanisierung des Vollzuges den guten Willen der Bediensteten und darüber hinaus deren Gesundheit und Familienleben zu ruinieren.

In Abwesenheit der Vertreter des Justizministeriums und der Anstaltsbediensteten hörte der Unterausschuß sechs von den Abgeordneten selbst ausgewählte Gefangene, die sich neben anderen an einer Unterschriftensammlung beteiligt hatten, an. Anschließend wurden ihre Angaben ohne Benennung der Informanten mit den Vertretern des Justizministeriums, der Anstaltsleitung und dem Personalrat erörtert. Der Vorsitzende des Unterausschusses gab dazu folgende Erklärung ab:

● 1. Wir, die Abgeordneten des Unterausschusses für Justizvollzug im Hessischen Landtag, sprechen den Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Butzbach Dank und Anerkennung für ihre schwere und verantwortungsvolle Arbeit im Strafvollzugsdienst aus.

● 2. Wir weisen kollektive und nicht substantiierte Diffamierungen gegen Bedienstete der Justizvollzugsanstalt Butzbach mit aller Entschiedenheit zurück.

● 3. Es gibt im Strafvollzugsdienst Situationen, bei denen die Anwendung unmittelbaren Zwanges gegen Gefangene unvermeidbar ist und auch nicht durch weniger einschneidende Maßnahmen abgewandt werden kann.

● 4. Nach Einholung eingehender Informationen, wobei auch Gefangene gehört wurden, weisen wir die Behauptungen, es bestünde ein organisiertes Rollkommando, das Gefangene grundlos schlagen würde, als unwahr zurück.

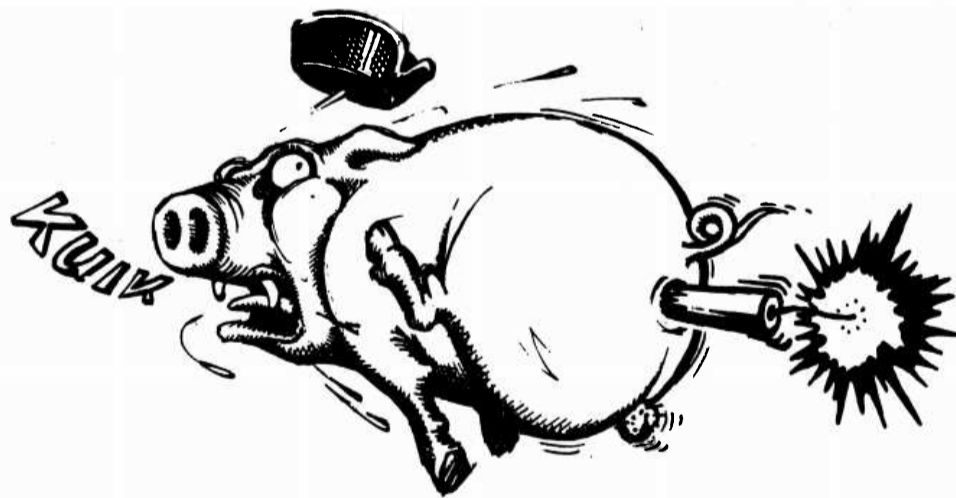
Der Personalrat dankte dem Ausschuss für diese Erklärung. Ministerialrat Chudoba erklärte sich bereit, als Vertreter des Justizministers bei nächster Gelegenheit an einer Dienstbesprechung mit den Anstaltsbediensteten ihre Sorgen und Nöte im einzelnen zu erörtern.

1. häufig Gefangene in der JVA Butzbach mißhandelt werden,
2. dabei stets die gleiche Bediensteten-gruppe - von mir Schlägertruppe genannt - in Erscheinung tritt, und daß
3. in allen Fällen die Provokation solcher Ereignisse von diesen Bediensteten ausgeht.

Anstatt diese entsetzlichen Mißstände nun abzustellen, haben Sie Ihre Aufgabe darin gesehen, diese Sadisten öffentlich reinzuwaschen. Gestern waren hier nur strahlende Gesichter zu sehen, denn nun hat man es ja amtlich, daß man Gefangene mit Ihrem ausdrücklichen Segen schwer mißhandeln darf. Sie werden diese Mißstände immer decken.

Ich kann mir nicht vorstellen..., daß diese Haltung von allen Mitgliedern des Unterausschusses gedeckt wird. Wenn dem so ist, dann kann unsere Reaktion auf Ihre Absage an Recht und Gesetz nur heißen, der organisierten Schlägertruppe eine organisierte Verteidigung entgegenzusetzen.

Wollen Sie den 'Bürgerkrieg' im Gefängnis? Schlagen lassen wir uns jedenfalls nicht mehr, und ich und meine Mitgefangenen sind auf den nächsten Auftritt der brutalen Schlägervereinigung bestens vorbereitet. Für alle anstehenden Weiterungen machen wir Sie persönlich voll haftbar."



Es gehört Mut dazu, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen und Informationen über die systematischen Übergriffe der Knastbürokratie und ihrer prügelnden Handlanger, wie sie hier dokumentiert wurden, nach draußen zu schmuggeln. Einem Strafsystem, das durch Demütigungen und körperliche Grausamkeiten den Gefangenen zu zerbrechen und gemäß den Herrschaftsinteressen des Kapitals abzurichten sucht, ist der Einzelne wehrlos ausgeliefert. Was ihm hilft, ist einzig die

Solidarität, drinnen wie draußen: die Solidarität der Mitgefangenen, die Solidarität der draußen kämpfenden Genossen.

"Wir leben endgültig nicht mehr im tausendjährigen Reich", schreibt einer der Butzbacher Häftlinge. "Gefangene entwickeln ein Gruppenbewußtsein, es geht nicht mehr, daß der Nachbar gequält wird, ohne daß andere Gefangene aktiv werden."

Strafanzeige

An die
Staatsanwaltschaft
beim Landgericht

63 G i e s s e n

Betr.: Strafanzeige wegen schwerer Körperverletzung, Nötigung und Folterung

Hiermit stelle ich Strafantrag gegen folgende Bediensteten der Justizvollzugsanstalt Butzbach: Verwalter Liebmann, Verwalter Färber und Hauptwachmeister Rettert, sowie gegen die Anstaltsleitung wegen Duldung.

Begründung: Ich verbüße z.Zt. eine siebenmonatige Freiheitsstrafe in der JVA Butzbach. Aufgrund dreier schwerer Magenoperationen, Gallen- und Darmoperationen (Darmverschluss) bin ich völlig arbeitsunfähig. Da ich unverschuldet arbeitsunfähig bin, erhalte ich von der Anstalt monatl. DM 20,- zur Einkaufsverfügung. Am 2. Mai wartete ich gegen 11.25 Uhr auf den Entscheid und den Einkaufsschein im 4. Stock auf dem Flur innerhalb des Anstaltsgebäudes, weil ich wegen Regens von der Freistudie zurück ins Haus gegangen war.

Der Zentralwachhabende, Verwalter Matthes, sah mich und schrie mich sofort an, ich möge schleunigst verschwinden und auf meine Zelle gehen, und er sagte dem Flügelverwalter Färber Bescheid. Dieser schrie über mehrere Stationen, durch das ganze Haus: "Verschwinden Sie sofort und gehen Sie auf Ihre Zelle!" Ich antwortete: "Schreien Sie mich nicht so an! Ich warte auf meinen Einkauf!" Zur gleichen Zeit ging der Verwalter Liebmann an der Zentrale vorbei und der Verwalter Färber sagte ihm, so daß ich es gut hörte: "Der S... steht da oben rum! Jagen Sie den mal auf die Zelle!" Erwähnen möchte ich noch, daß zur gleichen Zeit in der Nähe noch ca. 20 andere Gefangene herumstanden.

Der Verwalter Liebmann rief sofort zwei oder drei andere Beamte zusammen und stürmte denen voran die Treppen rauf. Er kam auf mich zu und stieß mich ohne Warnung mit voller Kraft gegen ein Fensterkreuz und brüllte: "Mach daß du auf deine Zelle kommst!" Ich erwiderte: "Das ist doch kein Grund mich sofort zu stoßen!" Sofort schlug er mit der Faust ins Gesicht und zog mir den Kopf an den Haaren nach unten, wobei er schrie: "Ich schlage so lange und so oft, wie ich es für nötig halte!" Es eilten weitere Beamte herbei, die mich auch angriffen und festhielten, worauf mich der Verwalter Liebmann mit vollem Tritt in meine Geschlechtsteile trat. Dann wurde ich zu Boden gerissen. Ich hörte den Verwalter Liebmann brüllen: "Holt doch mal einen Gummiknüppel!" Ich erkannte den Verwalter Färber, der mir mehrere Tritte an den Kopf und ins Gesicht versetzte. Der Verwalter Liebmann trat ebenfalls auf mich ein und zwar in den Magen (nach drei schweren Magenoperationen!) und in die Nierengegend. Dann wurde ich vom vierten Stock bis zum ersten Stock die Treppe runtergeschleift.

Unterwegs schlugen und traten mich die Bediensteten. Ich war diesen Schlägen wehrlos ausgesetzt, weil man mich an den Händen und Füßen sowie an den Haaren festhielt. Vom Zellentrakt wurde ich im ersten Stock in den Verwaltungstrakt geschleift, und als die Bediensteten vor unliebsamen Zeugen sicher waren - der Verwaltungstrakt ist vom Zellentrakt durch eine mit Nichtsicht-Glas abgetrennte Stahltür versperrt -, tra-

ten dann die eifrigsten, oben mit Namen aufgeführten Schläger in volle Aktion. Ich wurde kopfüber die Steintreppe bis in den Keller hinabgetreten. Auf jedem Sockel erhielt ich erneut gezielte Tritte und Schläge mit dem Gummiknüppel. Auf Aufforderung ging ich in die Absonderungszelle, und auf dem Wege dorthin wurde ich mit weiteren Knüppelschlägen traktiert. Ich wurde aufgefordert, mich völlig auszuziehen, was ich auch tat. Als ich bereits völlig nackt war und man mir Handschellen angelegt hatte, da wurde ich von dem HWM Rettert mit Wucht in mein Gesäß getreten, so daß ich von einer Wand an die andere flog.

Ich blieb einige Stunden völlig nackt und gefesselt in dem unbeheizten Kellerraum auf dem Betonboden. Die Heizung wurde absichtlich nicht eingeschaltet. Etwa nach einer Stunde kam der Arzt mit dem Beamten HWM Paul, zwei Sanitätern und zwei weiteren Beamten. Man brachte mir mein Mittagessen. Obwohl der Arzt das Beheizen des Raums anordnete und der HWM Paul sich dafür einsetzte, wurde dieses völlig ignoriert. Ca. eine weitere Stunde später kamen einige Mann der Schlägertruppe zurück und man tauschte die Handschellen aus. Diese Handschellen ließen mir noch weniger Bewegungsfreiheit, weil die Gelenkmitte steif ist und bei der kleinsten Bewegung die Kanten in das Fleisch schneiden lassen. Der Verwalter Gombel legte mir die Handschellen bis zum Anschlag zu und sagte: "Damit du auch was davon hast!" Durch das stramme Anziehen der Handschellen schwellen meine Handgelenke stark an und verursachten erheblich Schmerzen. Aufgrund der Mißhandlungen und meines allgemein schwachen Gesundheitszustandes habe ich die Signalnotanlage betätigt. Nach meiner Schätzung hat sich innerhalb der folgenden drei Stunden niemand um meinen Notruf gekümmert. Als ich die Schmerzen nicht mehr ertragen konnte, schrie ich laut um Hilfe, um mich bemerkbar zu machen. Ca. 20 bis 30 Minuten später kamen einige der Schlägertruppe (insgesamt fünf Mann) mit Gummiknüppeln bewaffnet, allen voran der Verwalter Liebmann. Ich wies auf die starken Schmerzen und auf die unförmig angeschwellenen Handgelenke hin und bat um Lockerung. Der Verwalter Liebmann faßte meine Hände, drehte diese absichtlich, damit ich vor Schmerz noch aufschreien mußte und meinte fachmännisch: "Die (Hände) sind ja noch nicht richtig heiß, das kannst du noch ein paar Stunden aushalten!" Ob die Feststellung medizinischen Wert hatte oder ob willkürlich

Etwa 14 Tage später, am 15.5., wendet sich der Gefangene an das "Komitee zur Aufklärung gegen die Folter" und bittet um Unterstützung. Diese Kontaktaufnahme wird ihm übelgenommen. Am 4.6. beantwortet ein Mitgefangener den Brief des Komitees an S..., da "aufgrund seines Kontaktes zu Ihnen (dem Komitee) Briefzensur angeordnet wurde". Außerdem befürchte S... "Nachteile während des Strafvollzugs seitens der Anstaltsleitung". Die Verfügung des stellvertretenden Anstaltsleiters Bickler schickte er im Original mit:

DER LEITER

DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT BUTZBACH

PA: [REDACTED] DV 1

6308 Butzbach, 29. Mai 1973 /H

Verfügung
Es besteht Anlaß zu der Befürchtung, daß die Ihnen gewährte Vergünstigung, die Post unverschlossen abzugeben, die Ziele des Strafvollzugs hinsichtlich Ihrer Person sowie die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet. Sie werden daher aufgefordert, Ihre ausgehende Post unverschlossen abzugeben (Nr. 92.2.1 VollzVV; Nr. 152.2.1 DVollz0).

In Vertretung

B i c k l e r

Beglaubigt

Kämpel
VerwAngestellte

13

dem Arzt vorgegriffen wurde, das stelle ich der Staatsanwaltschaft anheim festzustellen. Ich habe weiterhin um Beheizung gebeten, da ich vor Kälte zitterte. Darüber lachten die Schläger, als ob ich einen guten Witz gerissen hätte. Beim Verlassen des Raumes schlatete man sofort die Absauganlage ein, was zur Folge hatte, daß ein kalter Luftdurchzug entstand und ich noch mehr froh.

Gegen 18 Uhr kamen der stellvertr. Anstaltsleiter Neuman, der Verwalter Liebmann und einige Beamte seiner Schlägergarde erneut zu mir. Man brachte mir das Abendbrot. Dazu löste man die Handschellen. Diese Stunden in der engen Handschelle brachten es mit sich, daß meine Gelenke so stark angeschwollen waren, daß ich nicht fähig war, mir ein Brot zu schmieren oder nur eine Kaffeetasse zu halten. Es wurde von einem Beamten gemacht. Man teilte mir aber sofort mit, daß man mir nach dem Abendbrot wieder die Handschellen anlegen würde. Während dieser Zeit kam der Anstaltsarzt hinzu und sorgte dafür, daß ich die Folterkammer verlassen durfte.

Aus der mir widerfahrenen Behandlung ist die Körperverletzung und die Nötigung eindeutig ersichtlich. Aus dem Umstand, daß ich splitternackt und gefesselt in einem eiskalten Kellerraum Verhöhnungen und Verletzungen meines Schamgefühls über mich ergehen lassen mußte - und zwar durch das wiederholte Auftauchen der Schlägertruppe, besonders durch die o.a. Verwalter Liebmann, Verwalter Färber und HWM Rettert -, so wurde ich körperlichen und seelischen Folterungen ausgesetzt, die seitens der Anstaltsleitung geduldet wurden.

Erwähnen möchte ich noch, daß ich in der folgenden Nacht mich mehrmals übergeben habe und Blut spuckte. Außerdem habe ich noch laufend Schwindelanfälle. Ich führe das auf meinen allgemein schlechten Gesundheitszustand zurück, daß durch Fußtritte und Schläge evtl. innere Verletzungen ausgelöst wurden. Am ganzen Körper habe ich per heutigem Datum noch sichtbare Schlagspuren, Blutergüsse, Schwellungen und Beulen. Etwa sieben Striemen der Gummiknüppel sind bis ca. 2/3 der gesamten Knüppellänge auf der Haut sichtbar. Diese Spuren kann ich durch Zeugen jederzeit bezeugen lassen.

Ich bin während meiner ganzen Haftzeit noch nicht unangenehm aufgefallen, noch habe ich eine Meldung erhalten, so daß man mich nicht als einen renitenten oder aufsässigen Gefangenen abqualifizieren kann.

VERBOT DROHT

Angriff auf Demonstrationsfreiheit

14

Eine neue Phase staatlicher Repression kündigte jetzt NRW-Innenminister Weyer vor dem Innen- und Hauptausschuß des Landtags an: nach einem generellen Demonstrationsverbot für alle "Linksextremisten" und dem anlässlich des Breschnew-Besuchs inszenierten Polizei-Terror gegen die KPD sollen nunmehr alle Gruppen links von der DKP verboten werden. Diese Ankündigung künftiger Verbote fand ihre Rechtfertigung in der Bonner Rathausbesetzung und veranlaßte Weyer zu der volksverhetzenden Behauptung, morgen könnten Kindergärten die Angriffsziele der "Extremisten" sein.

Bis vor etwa einem Jahr beschränkten sich die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen im wesentlichen auf die Rote-Armee-Fraktion und die ihr nahestehenden Gruppen. Doch seitdem die RAF nach der Verhaftung der meisten Mitglieder nicht mehr als Staatsfeind Nr.1 abgestempelt werden konnte, wurde immer deutlicher, daß die Angriffe nicht allein der RAF, sondern der ganzen revolutionären sozialistischen Bewegung galten. Noch während der RAF-Fahndung wähten sich viele Organisationen durch "ihre" Legalität geschützt und übersahen, daß nicht wir das Maß und die Bedingungen der Legalität bestimmen, sondern der staatliche Herrschaftsapparat; daß sich durch einen ministeriellen Erlaß jede Fraktion, jede Gruppe und Organisation beliebig illegalisieren und damit kriminalisieren läßt; daß jedem, der gestern noch legal und scheinbar unantastbar sozialistische Praxis betrieb, morgen ein Prozeß wegen Landesverrat oder Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung droht.

Die bevorstehenden Verbote kommen nicht von ungefähr. Seit geraumer Zeit werden die Gruppen zunehmend vom Verfassungsschutz und der politischen Polizei bespitzelt und provoziert. Die Provokationen erreichten in Köln am 1. Mai ihren vorläufigen Höhepunkt, als der DGB mit der Polizei gemeinsame Sache machte und die Mehrzahl der Demonstrationsteilnehmer von der Kundgebung ausgeschlossen wurde. Im gleichen Zusammenhang mit den künftigen Verboten müssen auch der Chaoten-Beschluß der IG-Metall, der Ausschluß oppositioneller Gewerkschafter, das Berufsverbot für fortschrittliche Lehrer und die steigende Zahl politischer Gefangener gesehen werden.

Seit den wilden Streiks bei Hoesch und Mannesmann, den kompromißlosen direkten Aktionen der Druckereiarbeiter während den Tarifverhandlungen und der zunehmenden Radikalisierung von Bürgerinitiativen sieht sich das kapitalistische Ausbeutungssystem ersten Erschütterungen ausgesetzt, und Staat und Kapital werden nicht aufhören, ihr Überleben durch immer neuen Terror zu sichern.

Wir wissen genau, was Verbote bedeuten. Noch zu gut sind uns die Kommunisten-Prozesse Ende der 50er Jahre in Erinnerung, als tausende von Arbeitern für Monate und Jahre eingekerkert wurden. Doch der Kampf geht weiter, der Kampf um die Eroberung der Fabriken und die Selbstverwaltung der arbeitenden Bevölkerung.

DER KAMPF GEHT WEITER - TROTZ VERBOT!

Nordrhein-Westfalen erlebt soeben die zweite massive Unterdrückungswelle der sozial-liberalen Regierung. Nachdem sich die "revolutionäre Linke" bei den RAF-Jagden und den Morden in diesem Zusammenhang als wenig widerstandsfähig erwiesen hat, kommt nun beispielhaft für die ganze BRD in Nordrhein-Westfalen der Angriff auf die Organisations- und Demonstrationsfreiheit, ja sogar auf das Recht der freien Meinungsäußerung.

Bei einer Demonstration der KPD in Dortmund feierte die Polizei wüste Knüppelorgien - was selbst im Fernsehen deutlich wurde. Nach Augenzeugenberichten verhaftete die Polizei 1050 Menschen, die in Turnhallen und ähnlichem untergebracht wurden, weil die Gefängnisse überfüllt waren. Wir haben Bilder gesehen, auf denen Frauen mit Einkaufstaschen und Kinder von aufgeputschten Polizisten zusammengeschlagen wurden.



Daß bei allen diesen Exzessen die Presse schwieg und lediglich die Lügen der Polizei und des Innenministers Weyer veröffentlichte, veranschaulicht das Maß der Gleichschaltung, das bereits erreicht ist. Wir haben das alles am Samstag, dem 26.5., am eigenen Leibe erleben können, und jeder Bürger, der die Ereignisse auf der Schildergasse miterlebt hat und sie mit der Berichterstattung im "Kölner Stadtanzeiger" oder im "Express" vergleicht, weiß nun, was er von der bürgerlichen Presse zu halten hat.

Am Samstag hatte die KPD für 11:00 Uhr auf dem Neumarkt eine Demonstration angesagt. Wie zu erwarten, wurde sie natürlich verboten. Schon am frühen Morgen glich die Stadt einer Festung. In Ehrenfeld stand fast an jeder Ecke ein Zivilfahrzeug der Polizei. Am DGB-Haus standen mindestens fünf Mannschaftswagen der Bereitschaftspolizei. Dasselbe Bild bot sich an allen zentralen Punkten der Stadt - eine Vorbereitung auf den Belagerungszustand.

Auf der Schildergasse (Haupteinkaufsstraße in der Nähe des Neumarkts) fuhr ein Lautsprecherwagen der Polizei auf und ab, in dem Einsatzleiter Krause saß und unentwegt von Rathausstürmern, Chaoten usw. faselte, während aus der Menge ständig Leute verhaftet wurden. Die Straße wimmelte von Polizisten in Zivil. Sämtliche Kaufhäuser waren von ihnen besetzt. Bewaffnete uniformierte Einsatzgruppen patroullierten auf und ab und versuchten, die Bevölkerung einzuschüchtern.

Wehner nennt neue „KPD“ eine kriminelle Vereinigung

rmc. BONN, 27. Mai. Die Gruppe, die während des Thieu-Besuchs das Bonner Rathaus verwüstete, ist nach Auffassung des SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Wehner keine politische Partei, sondern eine kriminelle Vereinigung und sollte sofort aufgelöst werden. Wehner wandte sich in einem Interview des Deutschlandfunks gegen eine langwierige Diskussion über ein mögliches Verbot der neuen „KPD“. Bereits nach der Rathauserstürmung hätte der Generalbundesanwalt nach Wehners Meinung Haftbefehl gegen die beiden führenden Köpfe der Gruppe, Horlemann und Semler, erlassen und ein Strafverfahren gegen beide einleiten müssen. Inzwischen wurde auch Semler am vergangenen Freitag in einem Düsseldorfer Café verhaftet.

FAZ 28.5.73

Von all dem unbeeindruckt standen an ihrem üblichen Platz fünf Genossen mit der "Befreiung". Fast anderthalb Stunden verteilte sie die Zeitung und erklärten, was das Demonstrationsverbot zu bedeuten habe. Dann plötzlich erschien Krause mit 20 bis 30 Bullen und forderte sie auf, zu verschwinden. Die Genossen antworteten ihm: "Die Straße gehört uns - wir bleiben." Sie wurden sofort verhaftet, wobei Krause sagte: "So, ihr wart ja immer so vorsichtig - jetzt haben wir euch für länger!" Krauses Stellvertreter Dederichs rannte noch hinter einem der bereits Abgeführten her (alle leisteten nur passiven Widerstand) und wollte ihn verprügeln. Auf ihn gerichtete Kameras hielten ihn dann davon ab. Ein älterer Mann, der gerade zuvor eine "Befreiung" genommen hatte, rief: "Die Jungens haben doch gar nichts getan - das geht doch nicht!" Im nächsten Augenblick saß auch er in der grünen Minna und wurde bis ca. 16.00 Uhr festgehalten. Einem Mädchen, das zusah und eine "Befreiung" in der Hand hielt, wurde die Zeitung von einem Polizisten aus der Hand gerissen. Passanten, die von Verhafteten gebeten wurden, einen Rechtsanwalt zu benachrichtigen, landeten ebenfalls auf der Polizei.

Die Bevölkerung wurde immer aufgebrachter, und der Polizeisprecher schrie immer hysterischer: "Solidarisieren Sie sich nicht mit den Kommunisten!" Den Leuten wurde sogar das Diskutieren verboten. Schließlich hieß es, daß man keine Rücksicht mehr nehmen könne, ob es sich nun um Passanten oder Demonstranten handele. Dann wurde die ganze Straße geräumt.

Was die Polizei so hysterisch machte, war die Tatsache, daß die Genossen und die Bevölkerung keinerlei Angst zeigten. Wo keine Polizei war, bildeten sich sofort immer wieder Diskussionsgruppen. Man lachte den Bullen ins Gesicht.

Irgendwann während dieser Zeit führte die KPD auf der naheliegenden Hohe Straße eine Kurzdemonstration durch, löste sich dann auf und bildete Diskussionsgruppen. Hierbei wurden etwas mehr als 30 Personen verhaftet, darunter viele Passanten.

Zum SPK-Prozess

Für den 8. Mai hatte die Staatsschutzkammer in Karlsruhe den zweiten SPK-Prozess angesetzt (der erste fand im November 72 statt). Diesmal sollte der "innere Kreis" (Gohl) vor Gericht geschleppt werden. Natürlich war ein schöner, runder Prozeß geplant, mit Richter und Gerechtigkeit. Natürlich kam es nicht dazu. Noch immer war die Erklärung der Patienten vom November-Prozess aktuell, daß sie zum Termin nicht erscheinen würden. Die Arbeit in der Karlsruher Bevölkerung gegen den Staatsschutzprozeß begann schon ein paar Tag vor dem 8. Mai: In der Stadt wurden Flugblätter verteilt, ein "Komitee gegen die politische Justiz" hatte auf dem Marktplatz in Karlsruhe einen Informationsstand angemeldet, der auch genehmigt wurde.

Die Prozeß-Vorbereitung wurde vor allem vom Informationszentrum Rote Volksuniversität (IZRU), vom SPK-Solidaritätskomitee Niederlande und der RH Karlsruhe getragen.

Während der ersten Tage lief der Justizapparat auch außerhalb des Gerichtssaals auf vollen Touren: drei Einbrüche in Wohnungen vom IZRU in Heidelberg, Obefälle auf Genossen, die gerade von Heidelberg nach Karlsruhe unterwegs waren. Die wußten ganz gut Bescheid: wer, wann und wo...

Fünf Angeklagte hat das Gericht für den Prozeß nicht im Knast aufbewahren können. Bulle Friesl und andere Schweine allerdings haben Werner Schork am Samstag vor Prozeßbeginn auf einem Spaziergang überfallen und wegschleppen können. Das hieß, daß zwei Genossen im Gerichtssaal sein würden, Werner und Carmen Roll.

In die Totenruhe des Schwurgerichtssaals kam dann auch Leben, als nach einiger Verspätung Werner und Carmen reingeschleppt wurden. Jeder Versuch von Sonderrichter Gohl, seinen braunen Prozeßkarren anfahren zu lassen, scheiterte an den lauten Parolen der angeklagten Genossen und der Genossen im Pulikum:

- PSYCHIATRIE, DIE SCHAFFT UNS NICHT, ES GEHT AUCH NICHT MIT SONDERGERICHT!
- GOHL, DER SONDERFOLTERKNECHT, VERKAUFT DIE FOLTER NOCH ALS RECHT!
- UM SICH VOR DIESEM RECHT ZU SCHÜTZEN, MUSS MAN DIE FOLTERKNECHTE STÜRZEN!
- SONDERRICHTER GOHL KOCHT IM NAZIKOHL!

Der Prozeß war festgefahren und sollte nun durch die Räumung des Saals wieder in Gang gebracht werden. Bei dieser Aktion versuchten die Folterknechte, ihre Brutalität zu entfalten. Wir achteten während der Prügelei darauf, ob irgendjemand verschleppt werden sollte. So gelang es uns, geschlossen auf die Straße zu gelangen. Dort haben wir uns gleich "zusammengerottet" und sind mit Parolen durch die Stadt zum Stand gezogen.

Dieser Stand war auch schon am Tag zuvor das Angriffsziel von univormierten und zivilen Bullen gewesen. Angefangen hatte es mit den Belästigungen durch den Kripobullen Werner, der unbedingt Personalien wollte. Er traf auf wenig Verständnis und wollte dann den "Verantwortlichen" sprechen. Er begriff gar nichts mehr, als wir ihm sagten, wir alle seien verantwortlich. Da half nur noch ein Rollkommando, das auch nicht lange auf sich warten ließ. Vier Genossen wurden festgenommen und einzeln verschleppt... aufs Polizeipräsidium. Dort entfaltete sich der Bullenterror:

- die niederländischen Genossen kamen trotz ihrem Widerstand in ererkennungsdienstliche Behandlung (Fotos von allen Seiten, von jedem Finger mehrere Abdrücke). Die beiden deutschen Genossinnen konnten sich davor schützen. Die Sprachschwierigkeiten wurden ausgenutzt, um den Widerstand zu brechen, drohte ein Polizist mit einem Jahr Knast.

- Bei Fluchtversuch kündigen sie ausdrücklichen einen "Hammer ins Hirn" (??) an.

- Sie wiesen zynisch darauf hin, daß freiwillige Behandlung schmerzlos (!) sei.

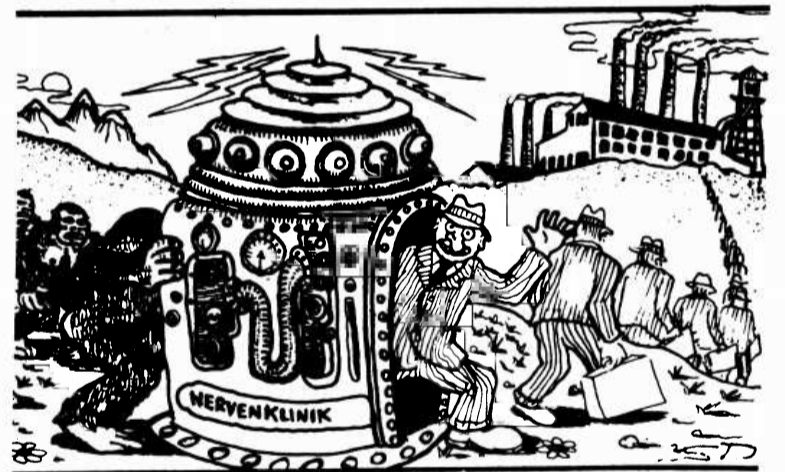
- Um die Genossen zu spalten, erklärten sie die Niederländer frech als Verführte und das SPK als Verführer. Wir kennen die Taktik der Herrschenden, ihre Aufteilung in "Rädelsführer" und "Mitläufer", die einerseits ihren eigenen kranken Existenzbedingungen entstammt, andererseits dazu dient, Einzelne herauszureißen und Schrecken zu verbreiten.

Am 8. Mai abends wurde der Stand - obwohl für den nächsten Tag noch genehmigt - verboten. Gegen einen Genossen ist inzwischen Anzeige wegen Beleidigung erhoben worden.

DIE WAHRHEIT IST FÜR DIE LOGNER DER JUSTIZ BELEIDIGEND!

Gohl hatte inzwischen Werner und Carmen von der Verhandlung ausgeschlossen, "bis zum letzten Wort", wobei Werner aber jederzeit beantragen dürfe, wieder zugelassen zu werden. Die Verhandlung gegen die vier Genossen, die dem Gericht fehlten, wurde zuerst bis zum 15. Mai abgetrennt, später endgültig. Sie sollen für einen neuen Prozeß Ende dieses Jahres eingefangen werden. Die FR entblödete sich nicht zu schreiben, daß es "den fünf polizeilich gesuchten Angeklagten gelungen ist, sich nach Holland oder Frankreich abzusetzen". Ein paar Tage später sind fünf Fahndungsfotos im Heidelberger "Tageblatt" abgedruckt. Dalia Michel ist dann am 31. Mai festgenommen worden - an ihrem Arbeitsplatz, wo sie auch die ganze Zeit über gewesen war (!).

Der Kampf gegen die Staatsschützer ist richtig geführt worden. Sein Inhalt war, dem ordentlichen Prozeß seinen ordentlichen Boden wegzureißen, nicht, Erklärungen abzugeben. Die Klassenjustiz braucht für ihr Spektakel Rechtsanwälte, Öffentlichkeit und Angeklagte, am besten solche, die Reue zeigen und aussagen. Neben dem Anklagevertreter brauchen die Staatsschützer Rechtsanwalt und Angeklagte auch dazu, damit der Richter und das Urteil als objektive Vermittlungsinstanz auftreten kann. Analog zum bürgerlichen Staat als "Vermittler zwischen Kapital und Arbeit". Lediglich "mildernde Umstände" und ähnliches werden zur Auflockerung improvisiert. Es ist richtig, die säuische Komplizenschaft von Staatsanwaltschaft und Richter zu vermitteln, indem man die Kulissen - Rechtsanwalt, Angeklagter und Öffentlichkeit - der Show entzieht.



Das heißt, wir sind nur dann im Gericht, wenn Genossen als Angeklagte vorgezerrt werden, um sie beim Bemühen um ihren Ausschluß zu unterstützen. Wir müssen Gohl, Frank und ihre Mitspieler und Mittäter mit sich allein verhandeln lassen.

Mit dieser Einschätzung läßt sich der Prozeß gegen die SPK-Genossen inhaltlich bestreiten. Die Grenze von weiteren Aktionen liegt an der Bereitschaft der Genossen, jedesmal neu in den Gerichtssaal zu gehen, um eine halbe Stunde später mit einer Beule am Hirn wieder rauszufliegen - mal abgesehen von Ordnungsknast und ED-Behandlung. Leider sind hier in Karlsruhe nicht genug Genossen zu finden, die über die Einsicht in die Richtigkeit der Strategie hinausgehen. Die Zusammenarbeit mit den anderen RHs

in der Gegend (Stuttgart, Tübingen, Baden-Baden, Freudenstadt) hat in dieser Beziehung nicht gut hingehauen. Auch mit der Protokollführung hat es gehapert. So erfuhren wir erst aus der Zeitung, daß Ursel Huber als Zeuge vorgeschleift worden ist.

RH Karlsruhe

FR Tumulte bei SPK-Prozeß Mitglieder des „Sozialistischen Patienten-Kollektivs“ vor Gericht

Von unserem Korrespondenten Hellmuth Rieber

KARLSRUHE, 8. Mai. Unter starken Sicherheitsvorkehrungen begann heute vor der IV. Strafkammer des Landgerichtes Karlsruhe der zweite Prozeß gegen Mitglieder des ehemaligen Sozialistischen Patienten-Kollektivs Heidelberg (SPK).

Bis etwa Juli werden sich die inhaftierte wohnsitzlose Angestellte Carmen Roll und der Studienassessor Werner Schork (Heidelberg) wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung nach Paragraph 129 StGB und anderen Delikten verantworten müssen. Das Verfah-

ren gegen fünf weitere Angeklagte, die heute nicht zur Verhandlung kamen und bei denen Haftbefehle bis jetzt noch nicht vollstreckt werden konnten, wurde abgetrennt. Eine neue Hauptverhandlung soll noch in diesem Jahr gegen sie durchgeführt werden. Auch die Wahlverteidiger der Angeklagten, die Rechtsanwälte Groenewold, Becker und Croissant, sind nicht erschienen.

Die Hauptverhandlung begann mit erheblichen Tumulten. Die Angeklagten Roll und Schork wurden wegen Störungen aus dem Gerichtssaal gebracht. Beide hatten sich auch geweigert, Angaben zu ihrer Person zu machen. Etwa 20 Anhänger des ehemaligen SPK riefen u. a. in Sprechchören: „Psychiatrie, die

schaft uns nicht — es geht auch nicht mit Sondergericht“ und: „Jene, die Gefangene morden, sind die gleichen braunen Horden!“

Etwa eine halbe Stunde lang versuchte der Vorsitzende Richter, Wilhelm Gohl, die Ruhe im Gerichtssaal durch Zureden herzustellen. Er rief den Demonstranten und Angeklagten zu: „Bitte ermöglichen Sie uns doch, daß wir Sie hier im Saal lassen können!“ Oberstaatsanwalt Johannes Gut beantragte indes mehrmals den Ausschluß. Nach einiger Zeit beauftragte Gohl die Polizei, den Saal zu räumen. Da bleiben durften Journalisten, Kriminalbeamte und einige Zuhörer, die sich still verhalten hatten.

Bericht vom Sommerfeldprozess

EIN "ANARCHIST" PACKT AUS...

Am 7. Mai 72 wurden in der Gegend von Bonn zwei Genossen und die Ratten Sommerfeld und Schmücker verhaftet. Aufgrund der Aussagen Sommerfelds überfielen die Pigs am 22.7.72 mehr als 20 Wohnungen in Westberlin und nahmen 60 Genossen vorläufig fest. Erkennungsdienstliche Behandlung erfolgte. Gegen zwei Genossen wurde der Haftbefehl vollstreckt. (Über die Ratte Schmücker wird an anderer Stelle zu reden sein.)

Zum Prozeß in Berlin:
Der Termin wurde nicht öffentlich bekanntgegeben, da Sommerfeld in der Strafanstalt Plötzensee von Mitgefangenen attackiert wurde und in der Folge einen Nervenzusammenbruch erlitt, so daß er ursprünglich angesetzte Termin verschoben werden mußte.

Am ersten Verhandlungstag wurde die Strategie der Schweine klar: Strafmilderung und Vorteile im Knast für Sommerfeld, wenn er total aussagt. Das tat er. Er packte alles, was er seinem kranken Hirn entlocken konnte, auf den Tisch, selbst Dinge, nach denen er nicht gefragt wurde, setzte Geschehnisse ins "rechte" Licht, nannte alle möglichen Namen, gab einen detaillierten Bericht über die Szene in Westberlin. Abgekartet und gut einstudiert suggerierten dann Gericht, Staatsanwaltschaft, Popos und Sommerfeld der Öffentlichkeit das Bild vom armen, unter Komplexen leidenden, unverständenen Bübchen, der aus dieser Motivation heraus zur Waffe und zu Sprengstoff griff, nun aber einen Reifungsprozeß durchlaufen hat und aufgrund seiner "enormen" Intelligenz zu der Einsicht gelangt ist, daß "mit Gewalt nichts zu erreichen ist".

Am zweiten Verhandlungstag wurde eine Genossin zu einem Tag Ordnungsstrafe verurteilt, nachdem sie den Angeklagten und Kronzeugen Thieles als Schwein bezeichnet hatte. Außerdem wurden Zeugen gehört. Der dritte Verhandlungstag verlief zunächst in der gleichen stinkenden Atmosphäre wie zuvor. Von einer Psycho-Votze wurde das Knäblein begutachtet und für Jugendstrafe plädiert. Thiele und Verteidiger schlossen sich in ihren Pläydoyers einträchtig diesem Vorschlag an. Unterdessen flirtete die Ratte ganz offenkundig mit der Popo. Das Urteil wurde verkündet: 4 Jahre, 9 Monate Jugendstrafe.

Daraufhin sprangen einige Genossen auf, riefen: "und das kriegst du von uns!...", feuerten Schuhe, Stiefel und Bürsten auf das Schwein, dem das Grinsen verging. Die Bullen suchten sich zwei Genossen aus dem Haufen der Werfer heraus, der Saal wurde geräumt und die zwei Genossen zu je drei Tagen Haft verknackt. Sie wurden genutzt zur Kontaktaufnahme, Vermittlung der Sache, Solidarisierung im Hungerstreik.



Auslieferung ist Mord

Nach Beschluß des 2. Strafsenats beim Oberlandesgericht vom 8.6.73 soll Ivo della Savia der italienischen Justiz ausgeliefert werden. Das bedeutet Mord.

Ivo della Savia wird des Sprengstoffbesitzes und der Sprengstoffbeförderung im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen vom Dezember 69 in Mailand beschuldigt. Die italienische Regierung nutzte diesen Vorfall zu einer Hetzkampagne gegen Anarchisten und Linksradikale und verhaftete in diesem Zusammenhang Pietro Valpreda und andere Genossen.

Während der fast dreijährigen U-Haft Valpredas starben 14 Zeugen der Verteidigung unter mysteriösen Umständen. Das erste Opfer war der Eisenbahnarbeiter Pinelli, der während des Verhörs aus dem 4. Stock des Mailänder Polizeipräsidiums "fiel". Auch die anderen Zeugen kamen durch solche "Unfälle" ums Leben. Darunter auch Mario della Savia. Verständlicherweise setzten sich seine Brüder, Ivo und Angelo, ins Ausland ab.

Nachdem Valpreda freigelassen wurde, da sich herausstellte, daß das Attentat von Neofaschisten ausgeführt worden war, terrorisierten die italienischen Bullen die Linke weiter. Ihre neuen Opfer heißen Ivo und Angelo della Savia. Ivo, der 2 Jahre in Wiesbaden angemeldet gewohnt hatte, wurde im Januar in Wiesbaden, Angelo an der holländischen Grenze verhaftet.

Angelo wurde physisch und psychisch so fertig gemacht, daß er seinen Anwälten das Mandat entzog und selbst seine Auslieferung beantragte. Angelo ist inzwischen in Mailand, während Ivo in Preungesheim in Auslieferungshaft sitzt.

Am 2.5. faßte der 2. Strafsenat einen Beschluß, in dem in Erwägung gezogen wurde, Ivo freizulassen, falls die Unterlagen aus Mailand nicht bis zum 28.5. vorliegen, da die bisherige Beweisführung ergeben habe, es handele sich um eine politische Zusammenhangstat und es nicht gerechtfertigt erscheine, den Beschuldigten in Auslieferungshaft zu belassen, wenn die italienischen Behörden in unzumutbarer Weise die Unterlagen verweigerten. Auf diesen Beschluß hin reagierte die italienische Justiz ziemlich schnell, so daß die Unterlagen noch im letzten Moment eintrafen.

Nach Beschluß vom 8.6.73 soll Ivo jetzt doch ausgeliefert werden; obwohl in

Italien es völlig klar ist, daß der Anschlag zu Lasten der Faschisten geht, beschuldigt man Ivo des Sprengstofftransports. Zynisch heißt es im Auslieferungsbeschluß: "Es gibt aber auch keine Anhaltspunkte dafür, daß er abgesehen von der Verfolgung der Auslieferungstat wegen der Zugehörigkeit einer linksgerichteten Anarchistengruppe in Italien zusätzlich einer politischen Verfolgung ausgesetzt sein könnte."

Was Ivo in Italien erwartet, kann sich jeder an seinen fünf Fingern abzählen.

VERHINDERN WIR EINEN NEUEN "FENSTERSTURZ" - VERHINDERN WIR DIE AUSLIEFERUNG!

Proll-Prozeß in Frankfurt?

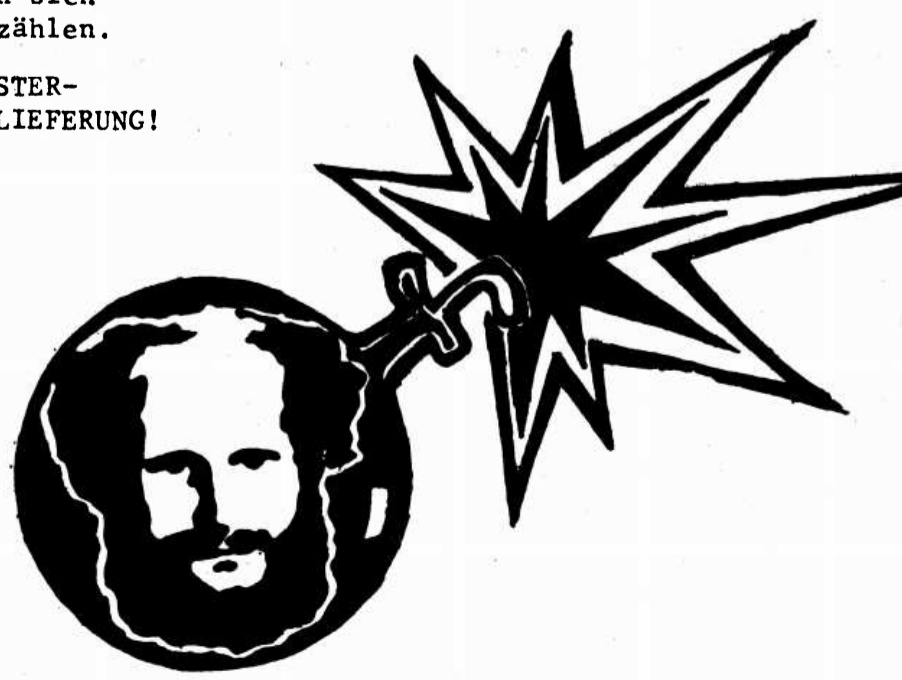
Arndt: Beginn im September

Der Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt schätzt die Chance, daß der Proll-Prozeß in Frankfurt stattfinden könnte, „sehr groß“ ein.

Arndt bestätigte am Freitag gegenüber der FR, daß die Stadt vom Land gefragt worden sei, ob sie ein in ihrer Verwaltung stehendes Gebäude für den Prozeß gegen Astrid Proll und Marianne Herzog bereitstellen würde. Die beiden Frauen müssen sich vor dem Schwurgericht als Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe verantworten. Arndt erklärte am Freitag, daß die Verhandlungen zwar noch nicht beendet seien, daß er aber damit rechne, daß der Prozeß in Frankfurt wie geplant am 28. September beginnen könne.

Der Versuch des Justizministeriums, im benachbarten Bad Vilbel die Verhandlung führen zu lassen, waren am Widerstand der Bad Vilbeler gescheitert. In Frankfurt sind als Verhandlungsgebäude das Bürgerhaus Ronneburg in Preungesheim oder der neue Schwurgerichtssaal im Landgericht im Gespräch.

-vs
8/11/9/3/12/4/13/6/2



Goliardo Fiaschi - 15 Jahre vergessen

In Miguel Garcias Buch "Francos' Prisoner" wird von einem Mitgefangenen Goliardo gesprochen. Dies ist ein Abriß seines langen Kampfes gegen Tyrannei und des Preises, den er dafür bezahlt hat. Seine Person symbolisiert die Opfer der Einheit zwischen dem Franco-Spanien und dem faschistischen Italien - eine Verbindung aus dem Krieg, die noch heute fort dauert. Aber sie symbolisiert auch die Einheit von freiheitlichen Sozialisten beider Länder.

Auf die Information des regionalen militärischen Kommandeurs hin, daß noch Leute gebraucht würden, schlich er sich am 1. Januar 1945 durch die Frontlinien der Nazis zum Hauptquartier der 3. Costignano Brigade (Modena-Division). Bei ihr blieb er bis zum Ende des Krieges - der Jüngste, aber von allen, die ihn kannten, hoch geschätzt. Ende April 1945 öffneten die Costignano-Partisanen Modena den Alliierten unter General Alexander, und Goliardo konnte nach Hause zurückkehren.

1956 war er Sekretär und Organisator der anarchistischen Gruppe Pietro Gori in Carrara. Hier traf er mit einem der bekanntesten und zähesten Freiheitskämpfer im Widerstand nach Sabate zusammen, der seit 1945 eine ständige Stadtguerilla-Kampagne gegen das Franco-Regime führte: Jose Luis Facerias.

Nachdem er mit Facerias die Situation Spaniens diskutiert hatte, wollte er nicht länger stillhalten: in Spanien wurden seine Genossen ermordet. Er beschloß, die Waffen gegen Tyrannei und Unterdrückung wiederaufzunehmen und den Stadtguerillas in Spanien in ihrem Kampf zu helfen.

Goliardo Fiaschi wurde am 21. August 1930 in der Marmorstadt Carrara geboren, einer Stadt, die in der Tradition eines kämpferischen Anarchismus steht. Mit 13 Jahren trat er der Partisanengruppe Gino Lucetti bei (9. Sept. 1943) und wurde gerade aufgrund seines jungen Alters für den Widerstand unermesslich wertvoll. Die deutschen Truppen beachteten den schmalen Jungen nicht, der seinen Gemüseladen über die Landstraße schob. Unter dem Gemüse befand sich der dringend benötigte Nachschub für die Widerstandsbewegung in den Feldern und Hügeln um Carrara - Munition und Sprengstoff.

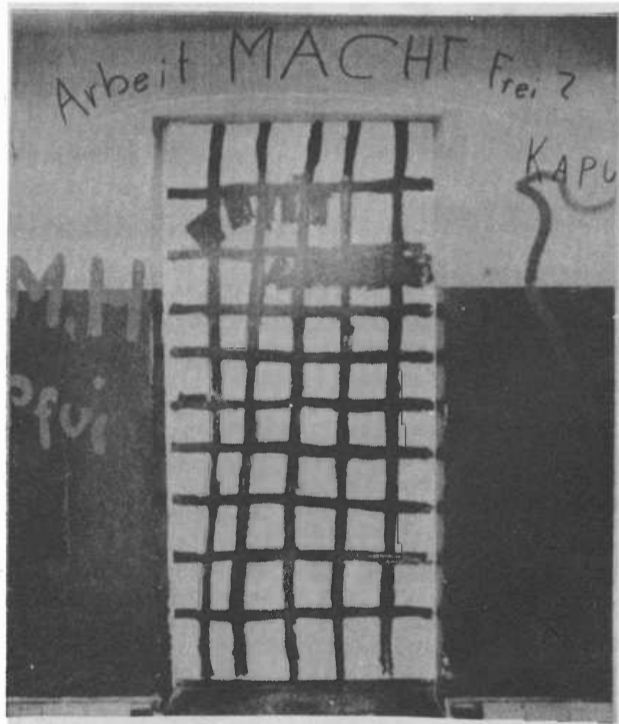
Ende 1956 ging er nach Frankreich zur Operationsbasis in den östlichen Pyrenäen, um auf Facerias und einen anderen Spanier zu warten. Der letztere war Augustin Vicente, der in Italien Geld für das Eindringen nach Spanien gesammelt hatte. Als er Facerias und Vicente traf, hatten sie Zeitungen bei sich, die schrieben, daß sie alle drei wegen eines bewaffneten Banküberfalls auf die Bank "Casale Montferrate" in Genua gesucht würden. Goliardo hörte zum ersten Mal davon. Vielleicht hatten die anderen etwas damit zu tun, er aber nicht, denn er hatte ja in Frankreich gewartet. Doch da er ein enger Freund von Facerias und außerdem "unauffindbar" war, wurde vermutet, er sei beteiligt gewesen.

Es gab Zeugen, die seine Anwesenheit in Frankreich bestätigten, aber die italienischen Gerichte zogen es vor, sich auf Aussagen von "Zeugen" zu stützen, die unter der Folter der spanischen Polizei ausgesagt hatten.

Aufgrund organisatorischer Probleme konnte die Gruppe erst am 15. August 1957 die Pyrenäen überqueren. Interpol informierte die spanische politische Polizei, daß Facerias und seine Gruppe auf dem Weg nach Barcelona waren. Es gelang den Genossen, die Patrouillen der Guardia Civil an der Grenze zu umgehen. Am Morgen des 30. August kamen sie an ihrem Bestimmungsort an.

Aber ihr Glück war kurzlebig. Als der spanische Sicherheitsdienst erkannte, daß ihm die Beute durch das Netz geschlüpft war, legte er Hinterhältigkeiten bei den Häusern und Wohnungen von Sympathisanten des Widerstands. Ihre Informationen hatten sie vom französischen Sicherheitsdienst erhalten. (Später erzählten Polizisten Sabate, der einige Wochen danach in Frankreich verhaftet wurde, jede Bewegung, die Facerias nach dem Verlassen Italiens gemacht hatte.

Am Morgen des 30. fielen Goliardo und Luis in einen Hinterhalt. Facerias hatte sich nach der Ankunft in der Stadt von der Gruppe getrennt, und es war verabredet worden, sich am folgenden Tag an einer vorher festgelegten Adresse zu treffen. Sie wurden von ihren Häschern vollständig überrascht und hatten nicht einmal die Zeit, ihre Pistolen zu ziehen und sich zu verteidigen.



An diesem Nachmittag hatte Facerias eine Verabredung mit einem anderen Genossen vor dem Haupteingang des San Andres Krankenhauses. Ahnungslos, aber mit der üblichen Vorsicht begab er sich zu diesem Treffpunkt. Er nahm ein Taxi und fuhr sicherheitshalber ein paar mal vorbei. Doch diesmal vergab die Polizei nicht ihre Gelegenheit, sich an dem Mann zu rächen, der sie so oft lächerlich gemacht hatte. Alles schien in Ordnung. Keiner stand an der Straßenecke oder in Hauseingängen herum. Kein verdächtiger Lastwagen parkte in der Nähe. Doch hinter jedem Fenster zum Paseo de Verdun, wo das Treffen stattfinden sollte, stand ein Scharfschütze der Armee, Polizei oder Guardia Civil. Als Facerias aus dem Auto stieg und von ihnen identifiziert worden war, eröffneten sie das Feuer.

Ihre Qualität als Scharfschützen war nicht besonders hoch, und so wurde Facerias nur am Knöchel verwundet. Er konnte sich in die Deckung eines Straßengrabens schleppen und ließ sich 4 Meter tief fallen. Er feuerte mit seiner Walther Automatic in Richtung der Schüsse. Dann nahm er eine Handgranate aus der Tasche. Ob er sich selbst oder seine Angreifer in die Luft jagen wollte, wissen wir nicht. Ehe er sie abziehen konnte, wurde er von einem Kugelhagel zerfetzt.

Der "Erfolg" wurde am nächsten Tag in einem Pressekommuniqué des Hauptquartiers der Sicherheitspolizei in Barcelona beschrieben - in Ausdrücken, die Erinnerungen an größere Operationen im Krieg wachriefen. Die Polizeiaktion umfaßte eine Reihe Soldaten der Kasernen von Barcelona, politische Polizei unter Juan Estevez und Polizeikommissar Pedro Polo Borreguero, außerdem ein Detachment der Guardia Civil unter Juan Luque Arenas, der von seinen Opfern und seinen Vorgesetzten als Meister der Unterdrückung betrachtet wurde. 1952 war er Generalsekretär des Sicherheitsdienstes geworden.

Goliardo und Luis wurden am 12. August 1958 von einem militärischen Sondergericht in Barcelona zu 20 Jahren und einem Tag verurteilt. Vorher war Goliardo vom Barcelonaer Modell-Gefängnis zum Hauptquartier der Sicherheitspolizei gebracht worden - von der politischen Polizei, die im Auftrag von Interpol zu handeln vorgab. Dort wurde er gefolter, bis er schließlich ein "Geständnis" unterschrieb, in dem er den Bankraub 1956 in Italien zugab. Nach diesem "Geständnis" erhielt er ärztliche Hilfe und wurde zum Modell-Gefängnis zurückgebracht.

Nach acht Jahren in Francos Verließ wurde Goliardo am 14. August 1965 vom Burgos-Gefängnis abgeholt und unter strenger Bewachung zum Flughafen gebracht. Dort erfuhr er, daß er nach Italien ausgeliefert werden sollte, um eine Strafe von 13 Jahren und 7 Monaten abzusitzen! Sieben Jahre vorher war ihm mitgeteilt worden, daß ihm das Oberste Gericht in Florenz wegen dem "Casale Montferrate"-Bankraub in Abwesenheit den Prozeß gemacht hatte. Als Beweismaterial hatte das Gericht das "Geständnis" angenommen, das er unter der Folter unterschrieben hatte, um sein Leben zu retten. Man hatte ihm keine Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen.

Seit über 15 Jahren sitzt Goliardo nun schon in mehr als 27 verschiedenen Gefängnissen zweier Länder hinter Gittern. Wenn wir, seine Genossen, es nicht schaffen, für ihn und seinen Verteidiger genügend internationale Hilfe zu organisieren, um das italienische Berufungsgericht zu überzeugen, den Fall wiederaufzunehmen, wird Goliardo noch mindestens 6 weitere Jahre hinter Gittern verbringen.

WAS WIR TUN KÖNNEN: Schreibt seinem Rechtsanwalt, dankt ihm für die geleistete Arbeit und bietet ihm Hilfe an. Schreibt Protestbriefe an italienische Repräsentanten in allen Ländern und gebt eurer Empörung darüber Ausdruck, daß ein Mann mit einer solchen antifaschistischen Vergangenheit so lange in einer sogenannten Demokratie im Gefängnis sitzt. Werft überall die Frage von "Geständnissen" unter der Folter auf.

Schickt auch Postkarten und kurze Briefe an Goliardo selbst, Ansichtskarten, Pakete mit Lebensmitteln und Tabak, und Geld.

Schwarzkreuz erwartet momentan Antwort vom Verteidiger über die jetzige Situation. Denkt daran: GOLIARDO SITZT SEIT 15 JAHREN WEGEN SEINER ANTIFASCHISTISCHEN ÜBERZEUGUNG IM KNAST!

Er hatte den Mut, zu kämpfen. Das mindeste, was wir tun können, ist, ihm weitere sechs Jahre zu ersparen.

Stuart Christie

Adressen:

Goliardo Fiaschi
Villa Bobo, No.1
73100 L e c c e
Italien

Sgr. Fabio Valente
Via R. Visconti, No 3
73100 L e c c e
Italien
(Rechtsanwalt)



Noch auf einen weiteren Fall muß aufmerksam gemacht werden.

Seit einem halben Jahr sitzt im Untersuchungsgefängnis Arnhem Rob van Leeuwen (22 Jahre). Er wird beschuldigt, einen Überfall auf die Amro-Bank in Groesbeck verübt und dabei 9 000 Gulden erbeutet zu haben.

Über Rob muß man folgendes wissen: Bereits als 18jähriger wurde er zu einer T.B.R.-Strafe verurteilt (dies ist eine Art Sicherheitsgewahrsam in psychiatrischen Anstalten, die beliebig lang ausgedehnt werden kann). Nach einiger Zeit wurde er wegen guter Führung entlassen. Rob begann, ein gesellschaftskritisches Bewußtsein zu entwickeln, zog in die Bundesrepublik und traf dort mit Mitgliedern der RAF zusammen, mit denen er sich solidarisch fühlte. 1972 überfiel er die Amro-Bank, erbeutete 9000 Gulden, wovon er 6000 an die RAF nach Deutschland schickte.

Rob weigerte sich, an "seinem" Prozeß teilzunehmen, weil er der Ansicht ist, die Klassenjustiz habe kein Recht, über ihn zu urteilen. So fand der Prozeß ohne ihn statt. Das Urteil lautete auf acht Monate sowie erneut T.B.R.

Was das bedeutet, kann sich jeder ausmalen. Da Rob allein steht und auch keiner politischen Organisation angehört, sollten auch wir ihn nicht vergessen.

Schreibt an:

Lucien van Hoesel
Huis van Bewaring
Spinhuiswal
cel 110
s'Hertogenbosch
NEDERLAND

Rob van Leeuwen
Huis van Bewaring I
Eusebius Binnensingel
Arnhem
Niederland

Solidarität im Hungerstreik

Aus dem Knast erreichten uns viele Solidaritätserklärungen. Darunter auch die folgende, die für alle anderen stehen soll.

Sehr geehrter Herr ...

Als mein Verteidiger setze ich Sie davon in Kenntnis, daß ich ab dem 8.5. - aus Gründen der Solidarität - in den Hungerstreik trete und mache hierzu folgende

Erklärung:

Zwar bin ich nach Meinung der herrschenden Klassenjustiz nur ein "solider, krimineller" Gefangener, was jedoch für meinen Protest keinerlei Relevanz besitzt. Nach fast dreijähriger Haft weiß ich aus eigener Erfahrung, daß die Publikationen in den einschlägigen Kommunikationsorganen - über die Isolation als Folter politischer Gefangener - absolut auf Tatsachen basieren. Als "solider" krimineller Gefangener war ich 1 Jahr lang - bis zu "meinem Prozeß" - den "besonderen Sicherheitsmaßnahmen zur eigenen Sicherheit" unterworfen, die jedoch keinesfalls solche Auswüchse wie bei den politischen Gefangenen zur Folge hatten. Wie diese Folter im einzelnen vor sich geht, braucht an dieser Stelle nicht erwähnt zu werden; es sei auf die Publikationen hierüber verwiesen. Was jedoch speziell die Beschlagnehmung einiger Infos, RH etc. betrifft, so bin ich davon persönlich betroffen, und dieser Terror-Akt führt dazu, daß ich demnächst einen Koffer brauche, um das ganze Material verpacken zu können.

Sympathie-Aktion für hungernde Häftlinge

Zu einer Sympathiekundgebung für angeblich 100 Häftlinge, die seit dem 8. Mai in deutschen Gefängnissen in Hungerstreiks getreten sein sollen, versammelten sich am Sonntag rund 40 Mitglieder einer Frankfurter Frauengruppe vor der Frauenstrafanstalt im Frankfurter Stadtteil Preungesheim. Während der halbstündigen Demonstration, die ohne Zwischenfälle verlief, forderten die überwiegend jugendlichen Teilnehmerinnen die Abschaffung der Isolationshaft und der Briefzensur, eine Besuchszeit von drei Stunden pro Woche sowie die Möglichkeit für jeden Häftling, seine Mitgefangenen jederzeit in der Zelle aufsuchen zu dürfen. In der Preungesheimer Haftanstalt sind unter anderem zur Baader-Meinhof-Gruppe gerechnete Beschuldigte. lh

Dieser Hungerstreik ist aber auch ein Zeichen meiner Verbundenheit mit den Genossen und Genossinnen des SPK, welche sich ab dem 8.5. vor dem Sondergericht in Ka "verantworten" sollen. Dem Dinosaurier Gohl und all denjenigen, die mit ihm unter irreversiblen Gedankengängen leiden, sei gesagt, daß das SPK - wie die RAF - lebt; weiterlebt in all denen, die sich im solidarischen Hungerstreik befinden. Ob das SPK richtig oder falsch gehandelt hat, ob wir richtig oder falsch handeln - das entscheidet allein die Geschichte und kein schizophrener Gohl. Wenn der Kampf um ein besseres Dasein kriminell ist, dann bin ich gerne ein Krimineller!

VENCEREMOS

„Polizisten dürfen Verbrecher erschießen“

Jurist fordert den erlaubten Todesschuß

HILTRUP (Westfalen), 12. April (dpa). In Extremfällen „totaler Kriminalität“ sollte die Polizei, abgesichert durch noch zu erlassende Rechtsvorschriften, künftig Gewaltverbrecher gezielt erschießen dürfen.

Dies forderte gestern in Hiltrup auf einer Arbeitstagung der Polizeiführungsakademie in Hiltrup der Hannoverische Rechtsanwalt Achim von Winterfeld. Unter dem Beifall von 75 Staatsanwälten und hohen Polizeibeamten aus der gesamten Bundesrepublik rief Winterfeld, Mitglied des Strafrechtsausschusses beim Bundesjustizministerium, Bund und Länder auf, endlich bundeseinheitliche Richtlinien für den Schusswaffengebrauch zu erlassen, um die bisherige Rechtsunsicherheit auszuräumen.

Die letzte Entscheidung über den Todesschuß müsse den Vollzugsorganen der Polizei, nicht aber der Justiz vorbehalten sein: „Ein Todesschuß, der sich, wie im Fall des Münchner Bankraubs, an Kompetenzkriterien orientiert, zerstört die Justiz nicht den Rechtsbrecher“, sagte der Jurist. Zulässig solle der Todesschuß insbesondere zur Verhinderung der sofortigen oder späteren Tötung Unschuldiger sowie bei erpresserischer oder kollektiver Todesandrohung sein.

Strafvollzug kann sich sehen lassen

Justizminister Hemfler wehrt sich gegen Vorwürfe

W.F. Vergeblich haben sich die Justizwachtmeister in den Frankfurter Gerichtsgebäuden gestern auf eine Demonstration für Andreas Baader vorbereitet, der in Schwalmstadt eine Strafe verbüßt. Nicht in Frankfurt, sondern in Wierbaden vor dem Justizministerium haben zwanzig bis dreißig Sympathisanten Baaders und der Ulrike Meinhof einen Aufruf des „Komitees zur Aufklärung über Gefängnisse“ befolgt und einen „Hungerstreik“ mit anklagenden Parolen vor den verbundenen Augen der Justiz eröffnet.

Es blieb unbestätigt, ob die Hungerstreiker vorsorglich dicke Butterbrote mitgebracht hatten, wie vorbeitorrende Passanten behaupteten. Justitia indessen war nicht so blind, daß der in diesem Haus amtierende Minister Hemfler nicht übersehen hätte, was ihm hier angetragen wurde.

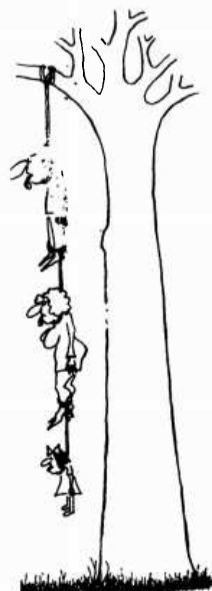
Hemfler verbat sich, daß an die Taten von Baader durch seine Anwälte politische Maßstäbe angelegt würden. Hier gehe es um rein kriminelle Vergehen. Hessens Strafvollzug, sagte Hemfler, könne sich sehen lassen. Wer ihm mit dem faschistischen Staaten gleichsetze, disqualifiziere sich selbst.

Der Minister kündigte zugleich an, daß er alle Verleumder strafrechtlich verfolgen lasse, die behauptet hätten, in hessischen Strafvollzugsanstalten sei ein Mensch (Baader) gequält oder gefoltert worden. Nach Hemflers Mitteilung haben sich die Mitgefangenen Baaders von diesem deutlich distanziert und erklärt, Baader beachte nicht einmal die einfachsten sozialen Spielregeln. Darum sei er für die anderen Gefangenen in jeder Hinsicht belastend. Nach der Mitteilung des Ministers befürchten andere Verurteilte, die in Schwalmstadt ihre Strafe absitzen, daß Baaders Behauptungen und das Auftreten seiner Anwälte dem in Schwalmstadt erprobten liberalen Strafvollzug gefährden.

742 26-73

Gegen Hausstrafen protestiert

FRANKFURT A. M., 10. Mai (FR-Bericht). Gerhard Möller, im Gefängnis Köln-Ossendorf einsitzender Begleiter Ulrike Meinhofs bei der Festnahme, dem vorgeworfen wird, zur „Roten Armee Fraktion“ (RAF) gehört und als deren Mitglied einen Polizeibeamten erschossen zu haben, hat durch seine Frankfurter Anwälte gegen die gegen ihn verhängten „Hausstrafen“ protestiert. Nach Angaben der Anwälte ist Möllers Haft zu einer „Isolierungshaft“ verschärft worden. Dabei erhielt Möllers Zellenfenster ein Fliegengitter, um ein Herausschmuggeln von sogenannten „Kassibern“ zu verhindern. Weil Möller in diese Fliegengitter Löcher gebohrt habe, seien die folgenden Hausstrafen verhängt worden: Einkaufssperre für die Dauer von vier Wochen sowie Arrest von vier Tagen und sechs Tagen, jeweils verschärft durch Entziehung des Bettlagers.



Am 19. April war in Hamburg-Hohenfelde ein Haus besetzt worden (siehe Info 19). Die Bevölkerung verhielt sich überwiegend solidarisch. In der Nacht zum 23. Mai wurde es geräumt.

In der Zwischenzeit war die Strategie der Bullen: darauf waren, daß die Solidarität abbröckelt, die Sache einschläft. Kein direkter Angriff auf das Haus. Dafür Terror auf den Straßen Hohenfeldes: permanente Ausweiskontrollen, vorläufige Festnahmen. Genossen, die vom Haus weg oder zum Haus hin gingen, wurden zusammengeknüppelt. Die Bullen versuchten, Spitzel und zivile Popos ins Haus zu schleusen, was ihnen in einigen Fällen auch gelang. Sie fingen Kinder und Jugendliche aus dem Stadtteil ab, die im Haus in der Jugendgruppe mitarbeiteten, und versuchten, sie durch Psychoterror (wenn du nicht auspackst, kommst du ins Heim) auszuquetschen, was ihnen in keinem Fall gelang.



Die Räumung

Geräumt wurde das Haus von einem "mobilen Einsatzkommando" (MEK) einer Anti-Terror-Gruppe, gebildet als Reaktion des Staatsapparats auf die Aktion des Schwarzen September bei der Münchner Olympiade. Das MEK ist ausgerüstet wie eine Bürgerkriegsarmee: olivgrüne Kampfjacken, Helme, Knüppel, MPs. Alle in Karate ausgebildet, was wir alle noch zu spüren bekamen.

Um vier Uhr nachts wurde gewöhnlich die Tür "dicht" gemacht, d.h. verbarrikadiert. Das wußten die Bullen. Sie kamen um viertel vor vier (morgens). Zwei Genossen hatten Türwache, zwei waren auf dem Dach. Sie hielten Ausschau nach Mannschafts- und Panzerwagen. Die kamen später. Die MEK-Bullen, im ganzen etwa 40, kamen in einem zivilen Lastwagen und einem PKW.

Als erstes fuhr der PKW vor, besetzt mit 3 jungen Typen. Sie gaben vor, was zu Essen zu bringen. Ein Türgenosse trug das Fressen ins Haus. Die drei waren MEK-Elite-Kämpfer, ihre Aufgabe: den Eingang freizumachen. Sie schlugen den anderen Türgenossen total zusammen, stürmten dann ins Haus. Die anderen MEK-Bullen waren vom Lastwagen gesprungen und stürmten hinterher. Wir hörten MP-Sal-

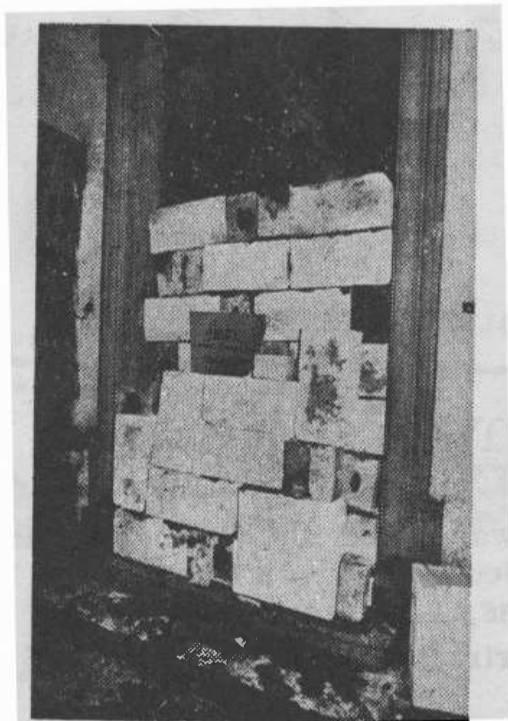
ven. Jemand schrie: Ich schieße! ich schieße!

Jeweils zu mindestens 3 Mann besetzten sie die einzelnen Zimmer, befahlen: keinen Widerstand! auf den Bauch legen! Wer nicht sofort sein Gesicht am Boden hatte, wurde getreten und geschlagen. Dann wurden uns die Hände auf dem Rücken gefesselt, mit sogenannten Einweghandschellen. Die sind aus einer fiesen Plastikschnur, die sich immer tiefer in die Handgelenke schneiden, sobald man sich irgendwie bewegt.

Es ging alles wahnsinnig schnell. Bis wir überwältigt waren, dauerte keine 10 Minuten. Wir leisteten keinen Widerstand, konnten das auch gar nicht. Obwohl es nicht erforderlich war, gingen die Bullen brutal und gewalttätig vor. Wir wundern uns nicht darüber, es zeigt uns nur, daß unsere Ausrüstung und Militanz berechtigt und notwendig waren. Und wenn die Tür rechtzeitig dicht gewesen wäre, wäre die Sache auch ein bißchen anders gelaufen. Die einzige Widerstandshandlung, zu der wir noch kamen: eine Kiste mit Steinen wurde vom zweiten in den ersten Stock durchs Treppenhaus geworfen, traf aber leider keinen der Bullen.

Inzwischen waren draußen Mannschaftswagen und Panzerwagen mit festmontiertem MG aufgeföhren. Der Lärm hatte Anwohner geweckt, die auf die Straße liefen, um zu sehen, was los war. Sie wurden geschlagen und mit Pistolen bedroht und aufgefordert, zu verschwinden: die Bullen hatten Angst vor Zeugen, daß ihr brutales Vorgehen die Solidarität verstärken könnte. Genau das trat ein. Für die meisten Hohenfelder gibt es keine Polizisten mehr, nur noch BULLEN!

Die in den Mannschaftswagen angekommenen Uniformierten lösten die MEK-Bullen ab, übernahmen die Bewachung der Genossen, für jedes Zimmer mindestens ebensoviele Bullen wie Genossen. Trennung in Dreckarbeit - Prügeln, Treten, Fesseln - und Bewachung: sich nicht die Finger schmutzig machen. Der Nachteil für die Bewachungsbullen: sie konnten ihrem Sadismus nur mit Worten fröhnen.



Mit Mauersteinen eines Hausbesitzers mauerten Mitglieder des Frankfurter Häuserrates die Tür zum Wohnungsamt zu.

Nachdem alle Räume und die gefesselten Genossen fotografiert waren, Abtransport zur Polizeikaserne. Insgesamt wurden 73 Genossen festgenommen. In der Kaserne wurden wir sorgfältig nach Weibern und Männern getrennt. Wir hatten Rauchverbot, während die Bullen anscheinend Befehl hatten, Kettenzurachen. Ab 7.00 Uhr Abtransport zum Bullenhochhaus.

Einzelverhöre und erkennungsdienstliche Behandlung für alle. Gegen halb zwölf gabs trockenes Knäckebrot und Wasser.

45 Genossen kamen ins UG und wurden am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt. Bis auf 18 wurden sie dann entlassen. Entweder wegen Aufhebung des Haftbefehls oder wegen Haftverschonung. Zur Zeit sitzen immer noch 6. Sie sind zum Teil im Hungerstreik.

Die Justiz will aus uns eine "kriminelle Vereinigung" machen. Diese Anklage stützt sich auf 41 Straftaten, von Land- und Hausfriedensbruch über Sachbeschädigung bis zum versuchten Totschlag. Kein einziger ist angeklagt wegen Hausbesetzung! So einen Paragraphen gibts nicht und wirs nicht geben. So entfremdet, verschleiern und krank wie die Klassenjustiz ist auch deren Sprache und Denken!

Noch am selben Tag wurde das Haus unbewohnbar gemacht - nachdem die Bullen-Spezialisten die Spuren gesichert und die beweglichen Beweismittel weggeschafft hatten.

In Hohenfelde geht der Kampf weiter! Und nicht nur dort. Bedingung für Mietwucher und Bodenspekulation hier sind die Elendshütten der Dritten Welt! Macht Hausbesetzungen zum Teil des anti-imperialistischen Kampfs!

ALLE MACHT DEM VOLK!



Hausbesetzer im Knast

Am Samstag nach der Räumung der Ekhostraße waren immer noch 18 Genossen im Hamburger UG! Direkt hinter dem UG und dem Strafjustizgebäude, wo auch Werner Hoppe verurteilt worden ist, liegt die IGA (internationale Gartenbau Ausstellung). Dazwischen ist die Knastmauer. IGA: Konsumplatz für Nelken und Wasserspiele - Profitplatz für Gartenbauarchitekten und Samenproduzenten. Oberdachte Wege und Kletterpflanzen verdecken den Blick auf den Knast.

Am Samstag nach der Räumung fand eine Demonstration statt: gegen Bodenspekulation und Mietwucher, gegen Polizeiterror (immer dabei - Ruhnaus Polizei), Freiheit für die Hausbesetzer.

Auf der Demonstration sprachen wir uns persönlich bekannte Genossen an, sich zu einer bestimmten Zeit auf dem IGA-Gelände am Knast unauffällig zu versammeln - als friedfertige junge Leute in das IGA-Gelände einzusickern, um dort für die Genossen im Knast, die sich teilweise dem Hungerstreik angeschlossen hatten, eine Kundgebung zu machen und den IGA-Besuchern zu zeigen, was mit Tulpen und Rosen verdeckt werden soll.

Wir hatten eine kurze Rede vorbereitet. Darin ging es einmal darum, den Genossen im Knast zu zeigen, daß wir sie nicht abgeschrieben haben, daß wir weiterkämpfen, daß sie weiterkämpfen. Zum anderen ging es darum, den Hungerstreik der Gefangenen zu unterstützen - und nicht nur durch Resolutionen! Und es ging darum zu zeigen, daß auch hier gefoltet wird und mit welchen dreckigen Methoden.

Als zum verabredeten Zeitpunkt etwa 40 Genossen (von Anarchos bis zu ML'ern) zusammen waren, packten wir unser Megaphon aus, die Genossen, die sich vorher unauffällig unter die zahlreichen Besucher gemischt hatten, scharten sich um das Megaphon. Weitere Genossen schrieben Parolen an die schönen weißen Mauern und wurden dabei von anderen Genossen gedeckt.

Schon als wir die ersten Sätze unseres Textes verlesen hatten, ging im Knast der Putz los. Zuerst im Frauenbau, denn wir standen genau davor. Dann griff er auf die anderen Teile über. Die Gefangenen erwiderten unsere Parolen, und wir griffen ihre Parolen auf. Um uns herum versammelten sich IGA-Besucher, so daß für Außenstehende (sprich Bullen) nicht zu erkennen war, wer zu den Beteiligten und wer zu den Zuschauern gehörte. Genau das war unsere Absicht: unter den Leuten agitieren, etwas tun, gleichzeitig von ihnen geschützt werden und Hamburgs "Heiliger Kuh IGA" in den Arsch treten.

Nach den Knüppelorgien in den vorangegangenen drei Tagen nach der Räumung, wo viele "Unbeteiligte" von den Bullen Prügel bezogen hatten, konnten sich die Bullen hier ein Eingreifen nicht erlauben, obwohl vor dem UG- auf der anderen Seite - etliche Mannschaftswagen aufgeföhren waren. Dort hatten sie eine halbe Stunde vorher eine spontane Demonstration von 100 Genossen auseinandergeprügelt.

Während unserer Aktion hatten sich viele Leute versammelt, mit denen wir anschließend über die Folter im Knast, den Hungerstreik und die Hausbesetzung diskutiert haben. Und hier gabs wirklich mal einen konkreten Anlaß.

Fazit. Wie sagt Moa doch so schön: wie Fische im Wasser!



Impressum

rote hilfe
6 Frankfurt
Unterlindau 74

Inhalt:

Frankfurt-Knastkampagne	S.2
Schluß mit der Folter	S.3
Gerichtsaktion in Ffm	S.4
Aus eigener Erfahrung	S.5
Isolation	S.6
Steingewordene Kriminalität	S.9
Endstation Knast	S.10
Schlägertruppe in Butzbach	S.11
Verbot droht	S.14
Zum SPK-Prozess	S.15
Sommerfeld/della Savia	S.16
Goliardo Fiaschi	S.17
Solidarität	S.18
Hamburg: Räumung	S.19

R H Spendenkonten

- R H Berlin: R. Fink - Sonderkonto
Postscheckkt. Berlin West
Nr. 337 637
- R H Hamburg: Dresdner Bank H.H
84 53 9333 - Rote Hilfe
- R H Frankfurt: Dresdner Bank Ffm
Kto.: 4116604
- R H München: Stadtsparkasse München
Kto.: 907 - 112 189

Verantwortlich: Ralf W. Scott

buchvorschlag

Ernst Ottwalt, Denn sie wissen was sie tun. Ein deutscher Justizroman.
Paco Press, Amsterdam 1972

Hagen Vertrieb 1Berlin 15 Postfach 311

Zu diesem Buch wird anfangs gesagt:
Dieses Buch ist kein Schlüsselroman.
Die Figur des Richters Friedrich Wilhelm Dickmann ist jedoch nur insoweit Phanta-

sieprodukt, als zu ihr kein bestimmter deutscher Richter Modell gestanden hat. Dagegen sind sämtliche Rechtsfälle, Gerichtsverhandlungen, Urteile und Ereignisse, die hier beleuchtet werden als Tatsachen aus den Jahren 1920-1931 belegbar. Auf Tatsachen beruhen auch sämtliche Schilderungen des inneren Betriebs der deutschen Rechtspflege. Es liegt in der Geschichte der deutschen Republik begründet, daß diese Tatsachen dem Leser zuweilen unglaublich erscheinen mögen.

Der Roman schildert Teile des Lebens des Amtsgerichtsrats Friedrich Wilhelm Dickmann. Er hat im 1. Weltkrieg als Leutnant im Dragonerregiment Kaiser gedient und trauert dieser Zeit immer noch nach. Nach dem Krieg faßt er plötzlich den Entschluß Jura zu studieren und sein Vater, der Amtsgerichtsdirektor Dickmann ist darüber sehr erfreut. Während seines Studiums in Jena findet der Kapp-Putsch statt und Dickmann beteiligt sich an der Ermordung von 15 spartakistischen Arbeitern. In einer Verhandlung wird er und seine Kameraden freigesprochen. Die letzten Semester studiert er in Berlin und wird anschließend dort Referendar. Während dieser Zeit kommen ihm die ersten Bedenken zu der unterschiedlichen Auslegung des Strafrechts gegen Links und Rechts. Dazu trägt auch ein Verhandlungstag des Tscheka-Prozesses, den er miterlebt, bei. Als sein Vater bemerkt, daß der Sohn Zweifel an der Gerechtigkeit hat, beschafft er ihm da die Referendarzeit vorüber ist, eine Stelle als Amtsgerichtsrat in der Provinzstadt Pörgelau. Dort steht die Zeit still und man lebt gewissermaßen noch in der Kaiserzeit. Dickmann lebt sich dort gut ein, als er jedoch nach einiger Zeit bei einem Todesurteil mitarbeitet und der Hinrichtung beiwohnen muß, gefällt es ihm dort überhaupt nicht mehr, und er bekommt - wiederum durch die Beziehungen seines Vaters eine Stelle als Untersuchungsrichter im Kriminalgericht in Berlin.

Hier bedient er sich der Isolationstaktik, um Geständnisse von Angeklagten zu erreichen, was ihm auch fast immer gelingt. Es sind auch Geständnisse von Unschuldigen darunter, doch er meint, Kunstfehler kämen überall einmal vor. Dann wird er Strafrichter und hierbei kommen ihm immer mehr Zweifel an der Gerechtigkeit. Nachdem er wiedereinander einen Mann wegen Bettel für ein Jahr ins Arbeitshaus geschickt hat, kommen ihm Bedenken an der Richtigkeit seines Urteils und er besichtigt einmal ein solches Haus. Danach dreht er durch und kommt in ein Sanatorium, wo er "geheilt" wird, um seiner Tätigkeit als Amtsgerichtsrat wieder nachkommen zu können.

Dieser Roman zeigt am Beispiel eines deutschen Richters die Ungerechtigkeit der deutschen Justiz allgemein und der politischen Justiz in den Jahren 1920 - 1931. Es werden genau die unterschiedlichen Verfahrensweisen bei begüterten und unbegüterten Angeklagten aufgezeigt, wobei Dickmann zeitweise Zweifel an der Rechtmäßigkeit einiger Urteile kommen, er sich jedoch immer damit beruhigen kann, daß die Verurteilten eben Kommunisten seien. In fast allen Teilen ist dieser Roman auch auf die heutigen Verhältnisse übertragbar, und sollte deshalb zur zeitweise erheiternden Pflichtlektüre aller Genossen gehören.